

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 RM., bei Selbstabholung 4.25 RM.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— RM., für 1 Monat 5.— RM.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).  
Postkontonr. Nr. 55 477. Postkontonr. Nr. 55 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18098

Interentenpreise:  
Die 7gespaltene Kolonialzeile 1.55 RM. — Die 7gespaltene Kolonialzeile mit  
Platzvorschrift 1.85 RM. — Die 7gespaltene Kolonialzeile Familiennachrichten  
1.40 RM. Die Nekrolog-Kolonialzeile 0.25 RM.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Wahlsieg der tschechischen Sozialisten.

### Wie man die amtliche Untersuchungskommission irreführt.

Berlin, 21. April. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Dieser Tage ist die nach Kommissar anstandslos militärische Unter- suchungskommission zurückgekehrt und hat berichtet, daß dort alles in schönster Ordnung sei, in welcher Weise sie tatsächlich irreführt worden ist, davon weiß die Freiheit folgendes zu berichten:

Die Truppen, die den Dänholm bei Straßburg besetzt gehalten hatten, waren am Sonntagvormittag, bevor die militärische Kommission einrückte, zurückgezogen worden. Es blieben nur etwa 300—400 Mann zurück. Diesen gelang es, den Befehl der Untersuchungskommission an, alle den Dänholm fest und reise wieder ab. Nachdem die Kommission fortgerückt war, fanden sich auf irgend ein geheimes Zeichen die in der Provinz vertriebenen Leute wieder nach dem Dänholm zurück und am Dienstag vor- mittag waren auf dem Dänholm wieder 3000 bewaffnete und wohl organisierte Leute versammelt.

### Die Rege in der Reichswehr.

Berlin, 21. April. (Eigene Drahtmeldung der V.B.) Von der Art und Weise, in der die Reichswehr (systematisch) verheert wird, legt ein eben erschienenen Nachrichtenblatt des Reichswehrkomman- dos III Zeugnis ab, in dem es unter Ziffer 2 heißt:

Die Gemeinheiten der Sozialisten sind unerschöpflich. In einzelnen Stellen sind entwaffnete Reichswehraufmärsche in bester- licher Weise erfolgt und verübt worden. Verwundeten wurde der Schädel eingeschlagen (Kölnhof), Ohren und Nase ab- geschossen (1) (Mühlhofsgebiet). Daraus geht hervor, daß jedes Verbrechen mit den Sozialisten die schwersten Folgen zeitigt. Ist das erste Wort gesprochen, so ist bereits der Keim zu den Verfall- täten gelegt.

Unter Ziffer 3 steht man:

Gegen die Volkstruppen hat eine riesige Propaganda ein- gesetzt, die auch schon Eingang in die Reichswehr gefunden hat. Diesem tätigen Wirken muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die aus dem Volkstum kommenden Truppen sind Reichs- wehrtruppen wie wir, sie sind Kampferprobte und haben schwere Ent- scheidungen hinter sich. Zur Zeit kämpfen sie Schulter an Schulter mit der Reichswehr und Sicherheitspolizei, um den Aufbruch nieder- zuschlagen.

Durch diese verlogene Rege werden die Reichswehrtruppen inste- witsch gegen die Arbeiterklasse aufgebracht und zu neuen brutalen Verbrechen aufgeführt. Und die Regierung steht dieser niederträch- tigen Verheerung untätig zu!

### Von der Konferenz in San Remo.

Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des Internationalen Komitees, der drei Ministerpräsidenten hätten sich dahin entschieden, den Friedensvertrag nur insoweit abzuschließen, daß sie die sofort von Deutschland als Gegenseite zu zahlende Summe fest- legen. Die Frage werde am heutigen Mittwoch vor den Obersten Rat gebracht werden. An anderer Stelle meldet der gleiche Bericht- erstatter, ein Einverständnis über die Entlassung Deutschlands sei nicht erzielt worden, so daß eine Schlichtung der von Österreich gegen- über Deutschland eingeleiteten energischen Politik zu beschleunigen sei.

Paris, 20. April. (Z. U.) Nach dem Malméville-Bericht der Ge- samtensatzung zwischen Millesand und Lloyd George in San Remo eine folgende Beschlüsse: Frankreich wünscht die ge- naue Ausführung des Friedensvertrages und eine gründliche Ab- schließung Deutschlands. England steht sich mit der Abweisung Deut- schlands zufrieden, will aber auf dem Kontinent Schiedsrichter zwischen den Mächten bilden, damit kein Staat die Übermacht gewinnt. Außerdem wünscht England die Deganomie im Osten. Die Stimmung des italienischen Volkes sei gegenwärtig gegen die Verbündeten und zwar hauptsächlich gegen Frankreich.

Rom, 21. April. (Z. U.) Jetzt versucht, zu einem wirtschaft- lichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährung der Unterstützung für die besetzten Länder in sich schließen soll. Die italienischen Politiker streben danach, die poli- tischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen un- terzuordnen. Um auf diesem Ergebnis zu gelangen, will Miti den Grund zu Verhandlungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine verbindliche Formel für alle schwierigen Angelegenheiten finden.

### Das Drängen Frankreichs auf völlige Entlassung Deutschlands.

Paris, 21. April. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Annahms an: Die Kammer beschließt, im Interesse der Erlangung des allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völ-

tern die völlige Entlassung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgelegten Entlassungsbedingungen durchgeführt werden.

### Die Entente und die Pulschgefahr.

Aus Berlin wird gemeldet: Von den alliierten Regierungen ist eine Note eingegangen, in der es heißt: Angesichts der jüngsten Verträge von neuen Pulschgefahren haben die Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens beschlossen, ihre Gesandten in Berlin anzumelden, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß die Regierungen jede Wiederkehr einer gegenrevolutionären Regierung und den Ausbruch neuer Unruhen als geeignet ansehen, die Maßnahmen zur Befestigung des wirtschaftlichen Wiederauf- baues Deutschlands und die Nahrungsmitteleverorgung zu verzögern, wenn nicht gar unmöglich zu machen.

### Proteststreik deutscher Eisenbahner.

Berlin, 21. April. (Z. U.) Heute verbreitet eine Blätter- meldung, wonach die Eisenbahner in dem von den Belgieren besetzten Gebiet in den Ausstand getreten seien. Der ganze Eisen- bahndienst sei eingestellt worden.

### Eine sozialistische Mehrheit im tschechisch-slowakischen Parlament.

Prag, 20. April. Nach dem Prans Sidu wird sich die Ab- geordnetenkammer wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozial- demokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 22, magyarische Sozial- demokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier- und Partei Bobars in der Slowakei 41, Nationaldemokraten 17, Christen 35, Gewerkschaften 4, die deutschen Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Die Stimmen der Wähler in Böhmen, Mähren und Schlesien stellen sich wie folgt (in Tausenden angegeben): Deutsche Sozial- demokraten 687, deutsche Wahlgemeinschaft 320, Bund der Land- wirte 290, tschechische christlich-sozialistische Partei 213, tschechische Freiheitspartei 106. Auf die tschechischen Parteien entfallen: Tsche- chische Sozialdemokraten 1068, Agrarier 601, Nationalsozialisten 472, Volkspartei 469, Nationaldemokraten 380, Gewerbetreibende 122, Modracische 53. Juden 84.

### Wahlerfolge der U. S. P.

München, 20. April. (Z. U.) In der Pfalz haben soeben die Gemeindevahlen stattgefunden. In der Kreisstadt Speyer wurden 9 Reichssozialisten, 4 Demokraten, 5 Unabhän- gige, 8 Zentrumleute und 4 deutsche Volksparteiler gewählt. In Ludwigshafen und Birkenfeld haben die Unabhängigen starke Wahlerfolge zu verzeichnen.

Budapest, 20. April. Von 40 neu zu wählenden Stadträten entfielen bei der vorerstigen Wahl auf die Demokraten 3, die Unabhängigen (bisher im Stadtrat nicht vertreten) 12, die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 7 und die sozialdemokratische Partei 12.

### Entlassung der Münchener Einwohnerwehr?

Wie der Bayerische Kurier" erklärt, soll die Entlassung der Münchener Einwohnerwehr erfolgen und zwar einzeln in den Wohnungen der Wehrleute.

### Polen und Danzig.

Warschau, 19. April. (Gazeta). Am 16. und 17. April fanden Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahn- minister, dem Volksminister, General Dabler und Sir Rogati- nald Tower über das deutsch-polnische Abkommen statt. Derner wurde die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgutes zwischen Polen und Danzig erörtert, von der der Bau eines großen Hafens abhängt. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte zwecks rascher Entscheidung tun soll. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein wichtiger Hafen Polens werden müsse, zunächst Handelshafen, dann Kriegs- hafen (?). Die polnischen Vertreter wünschen mit Danzig die besten Beziehungen. Polen wird die Versorgung Danzigs bis zur Gänze übernehmen.

### Bestige Kämpfe zwischen Bolschewisten und Japanern.

Tokio, 21. April. (Reuters). Bericht vom Ballal-See schlugen die Japaner einen erneuten Angriff der Bolschewisten in drei- tägigen Kämpfen zurück. Bericht zufolge schlugen die Japaner am 8. April gemeinsam mit Semenow einen bolschewistischen Angriff aus Richtung Irkutsk ab.

### Die Wahlen in der tschechisch-slowakischen Republik.

In den Parteiverhältnissen ist auf bürger- licher Seite gegen die österreichische Seite gar manche Verände- rung eingetreten. Auf tschechischer Seite ist die National- demokratische Partei die Vertreterin der kapitalisti- schen Bourgeoisie; sie besteht aus den ehemaligen Jung- tschechen, den früheren Staatsrechtlern und einem Teil der tschechischen realistischen Partei, der alten Partei Masariks. Diese Partei vertritt unter Führung von Kramarich die wirtschaftliche, politische und nationale Vorherrschaft der tschechischen Bourgeoisie im Staate. Hinter ihr steht das tschechische Bankkapital, und mit der Zionistenbank, der größten tschechischen Bank, ist sie innig verschwägert. Sie vertritt den engen Anschluß an die Entente, den Krieg gegen Sowjetrußland, und in der inneren Politik propagiert sie den Kampf gegen die Deutschen und die Juden. Der Natio- naldemokratischen Partei hat sich vor einiger Zeit auch ein Teil der agrarischen Partei angeschlossen, hauptsächlich die Großgrundbesitzer, die mit der mehr demokratischen Bauern- politik der offiziellen Agrarpartei nicht einverstanden sind und die ihren Beitritt zur Nationaldemokratie damit be- gründeten, daß bei dieser Partei das Privateigentum mehr Schutz finde; denn die Agrarpartei hatte der Forderung nach der Sozialisierung des Großgrundbesitzes Konzessionen ge- macht. Eine besondere Schwächung wird die agrarische Par- tei, die sich offiziell „Republikanische Partei des tschechischen Landvolks“ nennt, wohl durch diese Sezession nicht erleiden. Die Christlichen, die sich jetzt „Tschechische Volkspartei“ nennen, sind seit dem Zusammenbruch Oesterreichs etwas stiller ge- worden, weil sie ja die treuesten Anhänger Oesterreichs im tschechischen Volke waren. Ihnen bereiten die Postrennungs- bestrebungen eines Teiles der tschechischen katholischen Gesell- schaft, die auf die Gründung einer besonderen tschechisch- nationalen Kirche abzielen, schwere Sorgen. Sehr inter- essant und eine tschechische Besonderheit ist die „Tschechische Sozialistische Partei“ unter der Führung des Nationalver- teidigungsministers Kofas. Sie ist aus der von den Jung- tschechen in den neunziger Jahren gegründeten nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen, nannte sich später natio- nalsozialistische Partei und hat erst im Kriege den Namen Tsche- chische Sozialistische Partei angenommen. In ihr vereinigen sich unzufriedene Kleinbürger, sozialistische Intellektuelle und viele Arbeiter, die den Weg zur Sozialdemokratie noch nicht gefunden haben. In den ersten Zeiten der Republik schien es, wie wenn es zu einer Verschmelzung dieser Partei mit der tschechischen Sozialdemokratie kommen würde, und auf die Berner internationalen Konferenz brachten sie die tschechischen Genossen auch einen Vertreter dieser Partei mit. Seither sind aber zwischen beiden Parteien wieder scharfe Gegensätze aufgetreten. Von der tschechisch-sozialistischen Partei hat sich übrigens noch während der Wahlbewegung ein kleiner Teil unter der Führung des alten Parlarmentar- iers und Politikers Choc losgelöst, wobei aber nur persön- liche Gründe eine Rolle spielten und sachliche nur mäßig norgeschoben werden. Sicher ist, daß die tschechisch-sozialisti- sche Partei bei den Wahlen nicht schlecht abschneiden wird. Eine interessante Spezialität ist die „Partei des Fortschritt- lichen Sozialismus“, die von den aus der sozialdemokratischen Partei ausgetretenen Abgeordneten Modracel und Hubec gegründet wurde. Diese beiden bildeten in der tschechischen Sozialdemokratie den äußersten nationalsozialistischen rechten Flügel. Seit sie ausgetreten sind, führen sie in den Blättern mit den ordinärsten Mitteln einen heftigen und gefährlichen Kampf gegen die tschechische Sozialdemokratie und nähern sich dabei stark der Nationaldemokratie. Diese neueste und kleinste Partei hat fast keine Anhänger, muß aber sehr viel Geld haben, denn sie hat in wenigen Monaten mehrere Zei- tungen, darunter Tagesblätter, aus dem Boden gestampft, was heute große Kapitalien erfordert. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter dieser Partei verächtlichstes Kne- gamentum und schmutzigste politische Korruption vermutet. Der Teil der ehemaligen Masarikschen Realistenpartei, der nicht der tschechischen Nationaldemokratie beigetreten ist, hat sich wieder gespalten. Ein Teil ist zur tschechisch-sozialisti- schen Partei gegangen, der andre Teil ist selbständig ge- blieben. Der beste Kopf unter diesen ist der Universitäts- professor Emanuel Rabl, der in seinem Wochenblatt tapfer gegen den Nationalismus auftritt und an die besten politi- schen Gedanken Masariks aus seiner altösterreichischen Zeit anknüpft.



Die politischen Parteienverhältnisse in der Slowakei sind ganz und gar ungeklärt. Die slowakische Fraktion in der alten Nationalversammlung war willkürlich zusammengesetzt und stand politisch zwischen den Agrariern und den Sozialisten. Die Slowakei hat ja im alten Ungarn kein politisches Leben geführt. Bis jetzt ist nur soviel zu erkennen, daß den Machthabern der Republik in der Slowakei die clerikale Partei des Priesters Hlinka schwere Sorgen macht, weil diese Partei äußerst oppositionell gegen den tschechischen Staat orientiert ist. In der Slowakei herrscht ununterbrochen Ausnahmezustand, die politische Betätigung der Bevölkerung ist auch während der Wahlen fast untätig. Was da herauskommen wird bei den Wahlen, ist noch völlig im Dunkel gehüllt.

Die politischen Parteienverhältnisse auf deutscher Seite sind sehr einfach. Bei den Wahlen marschiert in erster Linie die Deutsche Nationalpartei auf, die das Gegenstück zur tschechischen Nationaldemokratie und nichts anderes als die alte deutschradikale Partei des alten Oesterreich ist. Sie und die Deutschdemokratische Freiheitspartei sind die Vertreter des kapitalistischen Bürgertums, und die Industriellen haben auch, wie aus einem veröffentlichten Rundschreiben hervorgeht, beschlossen, diesen beiden Parteien 10 Kronen für jeden in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter als Wahlsondersteuer abzuführen. Die aus dem alten Oesterreich bekannte agrarische Partei nennt sich jetzt „Bund der Landwirte“, und außerdem gibt es auch eine Christlichsoziale Partei. Wir haben auch zwei Gruppen gelber „Arbeiterparteien“, die unter der Flagge des Nationalismus segeln, aber keine hat sich getraut, in den Wahlkampf einzutreten. Das eine Grüppchen ist von der Nationalpartei ins Schlepptau genommen worden.

Von entscheidender Bedeutung in diesem Wahlkampf und in der ganzen Politik des Staates werden die beiden sozialdemokratischen Parteien sein.

Die tschechische Sozialdemokratie hat bei den Gemeindevahlen etwa ein Drittel der tschechischen Stimmen auf sich vereinigt. Ihre zahlenmäßige Stärke erfährt eben durch die tschechisch-sozialistische Partei eine Herabsetzung, weil dieser Partei ein beträchtlicher Teil der tschechischen Arbeiterklasse angehört. Die nationale Frage spielt hier die entscheidende Rolle. Man kann der tschechischen Sozialdemokratie nicht nachsagen, daß sie in dieser Frage nicht elastisch genug gewesen wäre. Sie machte sich im alten Oesterreich zur Avantgarde des Kampfes um die nationale Befreiung und warf sich, je mehr der Krieg seinem Ende zueilte, desto begeisterter in diesen Befreiungskampf. Bei der Gründung des tschechischen Staates tat sie bedenkenlos mit und erhob weder gegen die Politik der Entente, noch gegen die Einbeziehung deutscher Siedlungsgebiete eine Einwendung. Die tschechische Nation war in jenen Tagen von einem begeisterten nationalen Freudentrauf erfüllt, die tschechischen Arbeiter träumten von einer demokratischen und sozialistischen Republik. Mit Feuergeist arbeitete die Sozialdemokratie in der ersten Regierung unter Kramarisch mit. Aber es dauerte nicht lange und die Gegensätze zur tschechischen Bourgeoisie meldeten sich. Es kam zum Konflikt mit den Nationaldemokraten und den Clerikalen; diese beiden Parteien traten aus der Regierung aus und an die Stelle der Vereinigung aller Parteien in der Regierung trat die Regierungskoalition der Sozialdemokraten, Sozialisten, Agrarier und Slowaken, an deren Spitze der sozialdemokratische Ministerpräsident Tuzar gestellt wurde. In der Politik der Regierung änderte sich aber dadurch nicht viel. Der einzige Gewinn war die Abgabe an den Kreuzzug gegen Sowjetrußland, für den Kramarisch die tschechischen Soldaten an die Entente verschickte. Was im ersten Teil dieses Aufsatzes angeführt wurde, um den reaktionären Charakter dieses Staates zu zeigen, das ist von dieser Regierungskoalition geschaffen worden. Es war nichts als eine Scheidemann-Politik, die tschechischen Regierungsozialdemokraten sind das getreue Abbild der deutschen Regierungsozialdemokraten.

Die notwendige Folge dieser Politik mußte die Entlassung in den Reihen des tschechischen Proletariats sein. Die linksorganisierten tschechischen Genossen, die während des nationalen Befreiungskampfes zum Schweigen verurteilt waren, traten nun wieder hervor. Sie organisierten sich innerhalb der Partei als linker Flügel, hielten Konferenzen und Versammlungen ab und gründeten auch in Prag ein Wochenblatt (Socialni Demokrat). Die revolutionäre Bergarbeiterpartei von Rabno stellte sich auf die Seite der Opposition in der Partei. Ihr Organ, die Rabnoer „Svoboda“, war nach dem Brünner „Denich Dennik“ das erste Parteiblatt, das den Standpunkt der Opposition vertrat. Die Agitation der Linken hatte auch bald Erfolg, auch die Brünner „Rovnost“ und noch andre Parteiblätter stießen zu ihr, und als die Linken im Februar mit einem Manifest hervortraten, schloß sich eine Kreis- und Bezirksorganisation nach der andern ihr an. Es wird behauptet, daß die Mehrheit der Partei heute auf dem Boden des Programms der Linken steht, das in diesem und in einem späteren Manifest dargelegt ist.

Das Programm der Linken wird eingeleitet mit einer scharfen Kritik der Verhältnisse in der Republik und der Ergebnisse der Koalitionspolitik; gefordert wird vor allem die Rückkehr zum revolutionären Marxismus und das vollständige Aufgeben der Koalitionspolitik. Also in erster Linie Austritt der sozialistischen Minister aus der Regierung. Den Gipfel des Programms bildet das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats als Diktatur der Mehrheit zur Ueberführung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische; die Organisation der Diktatur sollen die Arbeiterräte sein. Außerdem wird die Bewaffnung des Volkes und der Anschluß an die Dritte Internationale gefordert. Gleich nach den Wahlen soll ein Parteitag einberufen werden, um über die künftige Politik der Partei zu entscheiden. Diese Entscheidung der sozialdemokratischen Partei der Mehrheitsnation wird von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft des Staates sein.

Die deutsche Sozialdemokratie der tschechischen Republik hinter der nach dem Ausfall der Gemeindevahlen rechtlich 40 Prozent der deutschen Bevölkerung der Subetnienländer stehen, hat sich erst im Herbst des Vorjahres auf dem Leipziger Parteitag konstituiert. Bis dahin gehörten die deutschen sozialdemokratischen Organisationen zur deutschösterreichischen sozialdemokratischen Partei. Auch die deutschen Gewerkschaftsorganisationen und Konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben sich für das Gebiet der tschechischen Republik zu Zentralverbänden zusammengeschlossen. So marschiert die wirtschaftliche, genossenschaftliche und politische Organisation des Proletariats der Tschecho-slowakischen Republik national getrennt nebeneinander. Die deutsche

Sozialdemokratie steht etwa auf demselben Standpunkt wie die deutschösterreichische Sozialdemokratie. Bestimmte Klänge treten in ihr noch nicht besonders deutlich hervor. Doch gibt es natürlich auch hier verschiedene Ansichten, vor allem über die Frage der Annäherung an die tschechische Sozialdemokratie. Die Kämpfe gegen die Einbeziehung der deutschen subetnienländischen Siedlungsgebiete in dem tschecho-slowakischen Staate haben manchen deutschen Genossen ein bißchen zu sehr national orientiert, und auch das erschwert die Annäherung an die tschechischen Genossen. Am entschiedensten trat für diese Annäherung wohl der Reichsberger „Vorwärts“ ein, der auch das Programm der tschechischen Linken als die geeignete Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen bezeichnete. Die von ihm vertretene Ansicht gewinnt in der deutschen Sozialdemokratie der tschecho-slowakischen Republik unstrittig an Boden.

Bemerkenswert ist, daß in der Slowakei die internationale Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auch organisatorisch schon vollzogen ist. In der Slowakei gibt es slowakische, deutsche und magyarische Arbeiter. Im alten Ungarn waren sie alle gewerkschaftlich in denselben Zentralorganisationen vereinigt, und die politische Organisation baute sich ebenso einheitlich auf der gewerkschaftlichen auf; denn es gab keine besondere politische Organisation, die gewerkschaftliche Organisation trug auch die Parteifunktion. Ein Kongreß der Genossen der Slowakei hat nun beschlossen, sowohl gewerkschaftlich als auch politisch einheitlich organisiert zu bleiben und diese internationale Einheitsorganisation der tschechischen Sozialdemokratie anzuschließen.

Die Wahlen und der Zusammentritt des neuen, des ersten gewählten Parlaments der tschecho-slowakischen Republik werden der deutschen und tschechischen Arbeiterpartei dieses Staates zum ersten Male Gelegenheit geben, praktisch auf demselben Boden nebeneinander zu arbeiten. Der Erfolg dieser Arbeit für die Arbeiterklasse wird davon abhängen, wie bald aus diesem Nebeneinander ein Miteinander werden wird.

### S. P. D., K. P. D. und wir.

Die Erkenntnis der deutschen Arbeiterpartei des Frühjahres 1920, zum erstenmal einen Wahlkampf gegen eine kompakte Masse der Reaktion führen zu müssen, und der infolgedessen immer stärker sich durchsetzende Wille, dieser Gefahr des Verdrückens durch die große Zahl mit der eigenen Einigkeit zu begegnen, wird von jeher gefördert werden, denn es um die endliche Emanzipation der Ausbeuteten wahrhaft ernst ist. Gerade die Unabhängige Sozialdemokratie ist stolz darauf, diese Sache in den Vordergrund der bestehenden Parteiformation gerückt zu haben, und in der Tat ist unsere Partei als die heute unbestritten anerkannte große deutsche Arbeiterpartei in der allseitigen Lage, ganz sachlich dieses schwierige Problem der allernächsten Zukunft behandeln zu können.

Um so mehr haben wir aber auch das sachliche revolutionäre Interesse sowohl wie unsere Pflicht gegenüber der Klasse, die wir vertreten, allen den bemühten und unbemühten Versuchen entgegenzutreten, von vornherein Sabotage an der allseitigen Lösung der brennendsten proletarischen Frage Deutschlands zu treiben. Wir sehen heute solche Versuche sowohl von der Linken wie von der rechten Seite kommen, und wir erfüllen eine Ehrenpflicht an der Sache selbst, wenn wir diese Versuche beim richtigen Namen nennen und so verhindern, daß sich dieselben die Arbeiterklasse in falsche Illusionen über die Schwierigkeit und die Dringlichkeit des Problems wiegt.

Der Vorwärts vertritt jetzt das erste Parteiblatt der S. P. D., als Vorkämpfer, in dem überaus verheerenden Angriff gegen unsere Partei gang im alten Stil erhoben werden. Ohne ein Wort des Tadelns über die doch vorhandene und eskalant erwiesene Schuld der Regierung Bauer zu finden, wird darin vom „Bolschismus von links“ geredet, das genau so gut der Bund der Landwirte Vorkämpfer des Jettels sein könnte. Mit dem „Bolschismus von links“ soll zweifellos eine Spitze gegen die U. S. P. geschärft werden, was aus einem zweiten Artikel der Frau Judacs mit aller Klarheit hervorgeht. Es heißt darin wörtlich:

Aus all diesen Gründen kann ich nicht verstehen, wie Frauen anders wählen können, als sozialdemokratisch. Sie können nicht bürgerlich wählen, weil sie als Frauen für das gleiche Recht und für die soziale Gerechtigkeit kämpfen müssen, sie können auch nicht unabhängig oder kommunistisch wählen, weil sie als Frauen die Gewalt verabscheuen, und nicht wollen können, daß noch mehr Blut fließt.

Wir wissen noch nicht, ob diese Neuherungen der Frau Judacs deren privates Elaborat darstellt, oder ob sie die offizielle Methode darstellen sollen, in der die S. P. D. den Wahlkampf zu führen gedenkt. Sollte das letztere der Fall sein, was wir vorläufig noch nicht annehmen; dann wäre daraus zu sagen, daß der Raum einer einzigen proletarischen Wahlkampfstrategie gegen die Reaktion ausgeträumt ist. Den Verlust hätte dabei neben dem Sozialismus überhaupt die Mehrheitssozialdemokratie selbst am allermeisten. Wir würden als Partei die sehr geringe Leittragende dabei sein. Aber auch von links versteht man, der proletarischen Einigkeit Ansporn zwischen die Reihe zu werfen. Die kommunistische Partei ist für uns jetzt in ihrem offiziellen Wahlsondier in der „Roten Fahne“, daß sie „für von jeder Hinsicht und jedem Eigentum“ sei, bringt aber in demselben Atemzuge ebenso viel Klagen wie Behauptungen gegen die U. S. P. vor. Die größte Klage dabei ist, daß unsere Partei die Entwertung des Proletariats mit in die Wege geleitet habe, wobei festzustellen ist, daß eben wegen des Vergehens gegen die Volksmehrheit unsere Volkswahlstrategie aus der alten, vielleicht unglücklich improvisierten sozialistischen Koalitionserklärung des November 1918 anscheinlich ist. Ferner behauptet der kommunistische Angriff wider besseres Wissen, daß unsere Partei den ersten großen Lohnbewegungen und jetzt dem Generalstreik gegen Kapp in den Rücken gefallen sei. Gerade die Kommunisten haben zunächst diesen Generalstreik gegen Kapp offen bekämpft; wo ist also ihr Recht, so zu sprechen? Und nach der Novemberrevolution haben wir allerdings die großen Streiks aus bloßen Lohnbewegungen zu entwickelnden politischen Aktionen des Proletariats mit dem Blick auf die mögliche Konzentration der Kraft der Arbeiterklasse erheben wollen. So liegen in Wahrheit die Dinge!

Kurz und gut. Wir mühen keiner der sozialistischen Parteien an ihre Grundzüge, Ziele und Forderungen zu verstehen oder zu verstehen — wie die Unabhängige Sozialdemokratie das selbstverständlich auch nicht tun wird. Wir wollen den Wahlkampf grundsätzlich führen und werden deshalb jene Forderungen und Anschauungen, die uns von den anderen sozialistischen Parteien unterscheiden, nicht verschweigen noch zurückstellen. Aber die positive Vertretung solcher Forderungen ist etwas anderes, als der verlebende unwahrscheinliche Angriff auf die sozialistische Nachbarpartei. Wollen die Rechtssozialisten und Kommunisten den Wahlkampf zum Schaden des Proletariats in der letzteren vergiftenden Weise führen, so können wir sie nicht daran hindern. Sie sollen sich aber rechtzeitig klar machen, daß wir uns wehren und zurückgehen werden. Wer den Augen davon hat, braucht nicht gefragt zu werden und auf wen die Schuld fällt, liegt klar auf der Hand!

### Ein teutsches Bravourstück!

Die Deutsche Zeitung, die im Kriege die organischsten Läufe vor den Durchhalte-Epochenmühsam aufgeführt hatte und sich heute als das Organ der „entschiedenen“ Kapp-Richtung innerhalb des deutschen nationalen Wirkungsbereiches betätigt, schlägt wüsten Alarm, weil die tschechische Regierung nach der Brandstiftung des Leipziger Volkshauses durch das meuterische Militär

nicht etwa vorher gegen die Brandstifter noch gar nichts unternommen hat, sondern dem Beschluß der Volkskammer hinsichtlich der Finanzierung des Wiederaufbaues des Gebäudes ihre Zustimmung gegeben hat. Der teutsch-völkische Redaktionsagent des Blattes in Dresden schreibt:

Bekanntlich ist bei den Kämpfen in Leipzig das Volkshaus abgebrannt. Daß der Angriff auf diese Zentrale des Aufstiegs zu Recht erfolgt ist, hat auch die Regierung nicht zu beaupten gewagt, um des lieben Friedens willen hat sie sich aber von vornherein, und noch ehe überhaupt irgendeine Untersuchung, die höchstwahrscheinlich nichtwillkürliche Dinge zutage gefördert hätte, eingestellt war, sich bereit erklärt, aus Staatsmitteln den Unabhängigen die Hauptquartier wieder aufzubauen. Das ist besonders hübsch, wenn man die Nebenverpflichtung in denen Fernstudieninstitutionen der „Reichsminister“ von rechts verlangt wurde. Die D. S. P. r. d. l. von links — um andre Leute kann es sich nicht handeln, da versichert wird, die Truppen in Leipzig hätten sich von der Regierung gelöst — erhalten sozusagen noch eine Kriegsentfähigkeit ausgesetzt.

Der Geist dieser provokatorischen Stellungnahme spricht Bände: er zeigt der Arbeiterpartei an einem besonders drastischen Fall, daß die Nationalsozialisten eben den Krieg mit ihnen bis ans Messer wollen. Daß auch die armen Demokraten, die Arm in Arm mit diesen schwarz-weiß-roten Generalalltagsverwirrern im Kampfe gegen den K. P. D. Volkshaus nicht finden sind, von jener Seite dennoch nicht allzuweit Kräfte zu erwarten haben, zeigt der Artikel der Deutschen Zeitung, der den neuen demokratischen Finanzminister, den Leipziger Dr. Meißner, in folgender wenig beifälliger Weise anprempelt: „Die Erhebung des Finanzministers Meißner durch Herrn Dr. Meißner, den Verleger des einseitig nationalliberalen, jetzt aber urdemokratischen Leipziger Tagesblatts, hat keine Erleichterung gebracht. Der junge Herr ist nicht so gewachsen, daß er den Segnern sonderlich imponieren könnte. Er war zwar in der Lage zu seiner Empfehlung auf eine Jugendlichkeit hinzuweisen, die er mit der Waffung einer Prospekt gegen Kapper, dem einstigen Organisator der tschechischen Finanzen, begangen hatte, aber das verleiht nicht mehr viel.“ Wer keine Bulle à la Kapp und wer nicht Hindenburgs Schlichtermeistergeist aufweist, kann eben den tschechischen Nationalen nicht imponieren. Imponieren könnte ihnen höchstens, was die Revolution am 8. November leider zu wenig getan hat.

### Immer noch gute Zeiten für Mörder? Die sabotierte Untersuchung der Kappverbrechen in Schlesien.

In den Kapptagen haben die Kapp-Offiziere in Breslau ganz nach dem Muster der ungarischen Gegenrevolution gehandelt. Unabhängige Sozialdemokraten waren für das Mordgesindel vogelfrei. Sechs Genossen sind seit den Kapptagen verschwunden. Erst vor einigen Tagen wurde die Leiche des Genossen Ernst Demmig bei Breslau aus der Erde gezogen. Die Leiche wies Schußwunden und Verletzungen der Schädeldecke auf. Ueber den Verbleib der anderen sechs Ermordeten, darunter des Genossen Schatzländer, von dessen Verschleppung durch die Offiziere der Marinebrigade Doewenfeld wir bereits berichteten, ist nichts weiteres bekannt geworden. Es kann nach allem nicht mehr dem geringsten Zweifel unterliegen, daß sie ebenso wie der Genosse Demmig einem Mordmord der Soldaten zum Opfer gefallen sind.

Angesichts hatte das Generalkommando in Breslau sofort ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die größte Beschleunigung beschaffen angeordnet. Durch die Untersuchung ermittelten auch zwei Offiziere dringlich verdächtig, den Mord an dem Genossen Demmig ermordet und beseitigt zu haben. Die Akten, die bereits dem Kommandanturgericht der Befehlshaber zur Feststellung der Verbrechen der Offiziere zugesandt worden waren, wurden dort beschlagnahmt und erst durch den energischen Protest der rechtssozialistischen Breslauer Volkswacht wieder ans Tageslicht befördert.

Seitdem hat man nicht mehr davon gehört, daß gegen die Beschuldigten in irgendeiner Weise vorgegangen wird. Vielmehr werden von der Regierung zum Reichskommissar ernannten Demokraten Dr. Köhler, der eifrig bemüht war, energisch durchzugreifen und alle reaktionären Elemente aus den militärischen Stellen und den Behörden zu entfernen, die größten Schwierigkeiten bereitet. Auch die Regierung, die anscheinend immer noch den verlogenen Nachrichten der militärischen Stellen mehr vertraut, hemmt seine Bestrebungen. Der aus den drei sozialistischen Parteien und den Demokraten gebildete Volksausschuß geriet in eine unangenehme Situation. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich am Dienstag wieder anzuschließen. Daran hat auch Dr. Köhler, wie schon berichtet, seinen Austritt erklärt.

Wenn jetzt die Bevölkerung aller Parteienrichtungen in Breslau auf höchste Verwirrung ist, weil die Mörder immer noch frei herumlaufen und ihre reaktionären Freunde in Generalkommando das Heft in der Hand behalten, so trägt die Regierung und das Reichswehrministerium daran Schuld, die die Sänderungsaktion verhindert und den reaktionären Elementen Gelegenheit gegeben haben, in ihren alten Stellungen zu bleiben. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser Methode endlich gebrochen wird und eine durchgeführte Untersuchung und Bestrafung der an der Mordaffäre Beteiligten eingeleitet wird.

### Der Offizierseid.

Der Vorwärts setzt die Veröffentlichung von Dokumenten, die aus dem militärischen Verstandeswerk stammen, fort. Er drückt aus der Korrespondenz der Reichswehr Briefe ab. Wir entnehmen einem Bericht des bayrischen Genannten Major, der an den Leiter der bayrischen Militärkonferenz, den Hauptmann Vertbold, gerichtet ist, die folgende charakteristische Stelle:

Schon in Hamburg besuchte ich den mir schon vom Sommer her gut bekannten Herrn Oberst von Lebebour. (Lebebour war damals Kommandeur des Reichsmehregiments 18, Altona. Die Red.) Ein Mann, wie Herr Hauptmann ihn im wünsch. Ich sprach von meinen Plänen nichts. Meine Unterhaltung bewachte sich lediglich in allgemeinen politischen Gesprächen. Das Hauptmoment war wohl das, als er sagte: „Nach meiner Ansicht ist der Zeitpunkt, wo wir ein energisches „Dall“ rufen müssen, nicht mehr fern. Wohl Ende Februar. Es wird einem alten Offizier wohl schwer, auf seinem Posten auszuhalten, aber wenn ich heute scheitern an meine Stelle ein Mann, der in seiner Einstellung auf Seiten der Lehigen „Staatslenker“ steht. Und wenn ich schon wieder ein Bankrott verliere. Darum halte ich aus, und wenn es sein muß.“

Breche ich von 8 bis 9 Uhr alle Eide, die ich von 7 bis 8 Uhr geschworen.

In diesen Auspruch des Offiziers, eines Mannes, wie ihn der Reichswehrhauptmann wünscht, muß man sich erinnern, wenn jetzt immer wieder von Offizieren, die in den vergangenen Tagen eine so zweifelhafte Rolle gespielt haben, berichtet wird, daß sie „auf dem Boden der Verfassung stehen“.

Besonders beachtenswert ist auch die folgende, in demselben Briefe berichtete Festlegung:



Herr Kaufmann Dietel, gestiftet auf seine Kompanie, auf die guten Offiziere und die Gendarmen, hat an die Regierung eine Abordnung geschickt mit dem Ultimatum: Entweder Graf Arco begnadigt oder die Regierung häng morgen."

Graf Arco, dessen Freilassung gefordert wurde, ist der Mörder Eisners. Es wäre interessant, zu erfahren, was die Regierung auf diese freche Drohung hin unternommen hat.

## Es wird weiter gelogen!

Durch lächerliche Berichte über die Lage hat die Reaktion damals den Eimarsch des weißen Schreckens in das Ruhrgebiet provozieren lassen. Durch Fortsetzung dieser hysterischen Eigenhaftigkeit sucht sie jetzt die Gefahr eines Wobaus des Terrors in dem unglücklichen Bandhrieg zu bannen. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgenden Schreien, das ihr von der Vereinigung der Fabrikanten und Großhändler der Textil- und verwandten Branchen mit der Bitte in Elberfeld zugegangen ist:

Seit einigen Tagen tauchen in der Öffentlichkeit halboffene Gerüchte über die Lage im Ruhrgebiet auf. Man spricht von der Neubildung einer großen roten Armee und den kommenden Unruhen und Kämpfen. An alledem ist kein wahres Wort. Der Oberbürgermeister von Elberfeld hat sich deshalb veranlaßt gesehen, folgenden Bericht an die Reichsregierung zu drücken:

Nach militärischem Bericht, veröffentlicht in der Weltdeutschen Volkzeitung, soll im Ruhrgebiet eine neue rote Armee von 80.000 Mann gebildet werden, 8000 Mann allein in Wachen-Elberfeld, auch Waffenabgabe kann erfolgt sein. Angaben entsprechen nicht den Tatsachen. Waffenabgabe reichlich erfolgt, wie bereits gemeldet. Alarmierende falsche Nachrichten bringen neue Unruhen im Bezirk. Ersuche händliche Mäßigungnahme mit Ortsbehörden und Entsendung eines Zivilkommissars.

Wir betonen ausdrücklich, daß die Lage im Ruhrgebiet durch a u s n o r m a l ist und der geschäftliche Verkehr einen geregelten Fortgang nimmt. Der Besuch der Wuppertalbrücke ist mit keinerlei Gefährdung verbunden.

Ob nun wohl, so meint selbst das Demokratienblatt, auch die Vereinigung der Fabrikanten und Großhändler der Textilbranche, eine der bedeutendsten Unternehmerorganisationen, in den Verdacht kommunistischer Bestimmung kommen wird?

## Roskepartei.

Die Rössische Zeitung weiß zu berichten, daß augenblicklich die Besetzung der Oberpräsidentenstelle von Hannover zwischen den Koalitionsparteien ausgetobelt wird. Von diesem Spöngung wäre nicht Notiz zu nehmen, wenn nicht — Roske als Kandidat der Rechtssozialisten genannt würde. Es ist wohl der nächste Beweis jüdisch-moralischer Verlotterung, daß diese Partei so stark kompromittierte Personen wie Roske nicht in der Besetzung verschwinden lassen kann, sondern sie auch noch zu hervorgehobenen Staatsämtern präsentiert. Mit besonderer Empörung hat die Regierung nach dem Kappstreich die Besetzung dieser Stelle von allen reaktionären Elementen gekündert werden und jetzt soll Roske, der der Reaktion mit hingebender Treue gedient hat, der Ersatz werden. Wahrscheinlich die sozialistischen Regierungsmitglieder und ihre Partei arbeiten selbst an ihrem Untergang.

## Kapps Auslieferung möglich?

Kopenhagen, 20. April. Die Berlingske Tidende meldet aus Stockholm: Dr. Kapp wird vorläufig in Polizeigewahrsam gehalten. Wie das Svenska Dagbladet erfährt, ist es nicht ausgeschlossen, daß zwischen der schwedischen und der deutschen Regierung ein Meinungsaustausch stattfinden wird über die Möglichkeit einer Auslieferung Kapps.

## Die Forderungen der schließlichen Arbeiter und Beamten.

In Döveln fand eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften, der Justiz-, Eisenbahn- und Zollbeamten statt, in welcher über die Forderungen an die Entente verhandelt wurde. Es wurde ein Ausschuss gewählt, der die Beratungen in Randgrin weiter führen soll. Die Justizbeamten geben getrennt vor. Sie werden ihre Forderungen wohl am Donnerstag, der Ausschuss in Randgrin erst am Sonnabend der Entente überreichen. Dieser soll zur Beantwortung eine Frist von acht Tagen gestellt werden. Vertreten diese Frist schlußlos, so wird ein Ultimatum gestellt, das binnen 24 Stunden beantwortet sein muß. Bei Ablehnung des Ultimatum tritt sofort der Generalstreik ein, dem sich auch alle lebenswichtigen Betriebe anschließen werden. Die Forderungen sind: 1. Bewilligung von Urlaub. 2. Recht der freien Ein- und Ausreise für die Beamten. 3. Wegfall der Pab- und Beamtenspezifika. 4. Aufhebung des Verlammsungsverbot. 5. Vollständige Pressefreiheit. Die höheren Beamten haben sich mit Ausnahme der höheren Regierungsbeamten diesen Forderungen angeschlossen.

## Deutschland.

### Das Ende der Nationalversammlung.

Berlin, 21. April. (Zit.) Nach dem bisherigen Stand der Arbeiten ist anzunehmen, daß sich die Nationalversammlung am Mittwoch nächster Woche verlegt, um dem neuen Reichstag Platz zu machen.

### Proteste gegen weitere Schiffsablieferungen.

Die Hamburger Handelskammer weist in einem Telegramm an die Reichsregierung darauf hin, daß Deutschland an Schiffen über 1000 Tonnen insgesamt nur etwa 100.000 Registrierungen verbleiben. Zur Aufrechterhaltung seiner Küstenschiffahrt bedürfte es aber eines Schiffsraumes von mindestens 700.000 Tonnen. Würde die geforderte Ablieferung von Schiffen durchgeführt, so jet Deutschland dazu verurteilt, alle Lebensmittel und Rohstoffe durch Benutzung fremder Schiffe einzuführen. Bei den unerwünscht hohen Frachten würde es Deutschland dann unmöglich sein, sich wieder emporzuarbeiten. Da nach dem Friedensvertrag die inneren Bedürfnisse Deutschlands zu berücksichtigen sind, protestiert die Handelskammer gegen die Ablieferung. Die Regierung solle alles versuchen, um den Beschluß der Wiederherstellungskommission über die Ablieferung weiterer Schiffe rückgängig zu machen. Auch die Hamburger Gewerkschaften haben einen ähnlichen Protest an das Reichsamt geschickt.

Neuwahlen zum Oldenburgischen Landtag. Der Oldenburgische Landtag beschloß heute einstimmig, sich anzuschließen und die Neuwahlen am Tage der Reichstagswahlen abzuhalten.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Die lettisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 15. April. Die Berlingske Tidende aus Kowno meldet, bestanden die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Sitzungslokalitäten, eine Kriegsentwicklungsung von zwei Milliarden Mark in Gold, Rückgabe des weggeführten Eisenbahnmateriale, sowie der Maschinen, und ferner des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine

weitere Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Lettland Anteil am russischen Goldbestand. Lettland will als Entgelt dafür seinen Anteil an der russischen Staatsschuld übernehmen.

Kopenhagen, 21. April. Berlingske Tidende meldet aus Kowno, die lettische und die russische Friedensabordnung hielten die erste Sitzung am 18. April unter Vorsitz Joffes ab. Die lettischen Friedensbedingungen erklärte Joffe in den Hauptzügen für annehmbar: die Sowjet-Regierung müsse die Forderungen auf Ersatz der Kriegsschäden ablehnen, da dies eine Kriegsentwicklungsung nur in anderer Form sei. Ebenso könne sie keine besonderen Zugeständnisse machen für die Benutzung der lettischen Häfen, da diese auf Kosten des ganzen russischen Reiches angelegt worden seien.

## Die mexikanischen Wirren.

Die Spanas aus New York meldet, hat sich General Urbas mit 1200 Soldaten Carranzas, die sich im Staate Chihuahua befinden haben, der Revolution in Sonora angeschlossen.

Estland wünscht Aufnahme in den Völkerbund. Die estnische Regierung hat von der Nationalversammlung Vollmacht erhalten, die zur Aufnahme Estlands in den Völkerbund notwendigen Schritte zu tun. Ueber die Frage der Erklärung der Unabhängigkeit Estlands wird auf der Ministerkonferenz in San Remo verhandelt werden.

Arbeitermangel in Amerika. Die Konferenz des Bevölkerungsrates schätz den Bedarf der amerikanischen Industrie an ungelehrten Arbeitern auf 4 bis 5 Millionen Mann. Dieser Arbeitermangel ist durch die Unterbindung der Einwanderung während des Krieges hervorgerufen.

## Reg Lüttwich.

Berlin, 20. April.

„Broddorff-Rangau, lehre zurück“ — diesen Stoßseufzer des Genossen Roenen war die natürliche Reaktion auf die Jungfernrede des neuen Ministers des Neuhern, des Herrn Dr. Adolf Köster. Der Demokrat war wirklich weniger national als dieser Sozialist, der in den Klassenkämpfen der Gesellschaft nur „sozialbiologische Krankheitserscheinungen“ sieht, die den Gesellschaftskörper durchdrücken, und die überwunden werden sollen durch das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit. Der Minister des Neuhern Köster ist durchaus noch befangen in der Ideologie des Kriegsberichts-exaltierten Köster. Seine erste Rede war schlechtes Feuilleton, und in der Sucht, tönende „nationale“ Phrasen zu finden, brachte er das Kunststück zustande, den Vertrag von Versailles gewissenmaßen zu kündigung. Wir werden alle diese Abstimmungen niemals anerkennen! rief er pathetisch aus. Er hatte die Interpellation Meerfelds über die Uebergriffe der Belgier in Eupen und Malmedy benutzt, um sich dem Saufe vorzustellen. Sein Nationalismus ging soweit, daß er auf das historische Recht pochte und festzustellen suchte, daß Eupen und Malmedy bereits zur Zeit der Merowinger deutsches Land gewesen seien. Dieser Minister des Neuhern ist eine glänzende Akquisition für die Rechtssozialisten!

Die Nationalversammlung beriet nach dieser Vorstellung eines der erbärmlichsten Gesetze, die einem Parlament jemals vorgelegen haben, das Gesetz zur Befriedung der Umgebung des Reichstags. Die Angst vor der Arbeiterschaft hat ein Gesetz erzeugt, das alle Demonstrationen, alle Versammlungen auf öffentlichen Plätzen in der Umgebung des Reichstags verbietet. Dieses Gesetz ist ein Gelegenheitsgesetz schlimmster Art, das nach dem 13. Januar geschaffen wurde.

Genosse Roenen zerpflichte dieses Gesetz mit Witz und Verstand, indem er seine ganze Lächerlichkeit aufspielte. Er stellte fest, daß die Grenzen des „befriedeten Gebiets“ vom Kleinen Stern bis zum Molkenmarkt, vom Lehrter Bahnhof bis zum Halleischen Tor sich erstrecken sollen. Er fand Gelegenheit, die Vorgänge vom 13. Januar im Lichte der Märzereignisse zu behandeln, und dabei die Schuld der Lüttwige an dem Blutbad vom 13. Januar zu zeigen.

Der Justizminister und Herr Krüger von den Rechtssozialisten suchten das Gesetz mit laibnen Argumenten zu verteidigen, aber Roenen wies ihre Verteidigungsversuche geschickt und treffend zurück. Er charakterisierte das Gesetz, indem er ihm den Namen gab, den es verdient: Reg Lüttwich.

Über die Rechtssozialisten schimten wie ein Mann für die Reg Lüttwich. Es war etwas viel an einem Tage, und recht unvorsichtig vor den Wahlen: erst die Rede Kösters, und dann auch noch die Zustimmung zur Reg Lüttwich! Die Arbeiterschaft mag sich diese Taten der Rechtssozialisten merken.

Zunächst werden mehrere Anträge, die sich gegen die Preissteigerung richten, einem besonderen Ausschuss überwiesen. Dann folgen Anträge.

Hg. Schiele (Dnat.) verweist auf die Not der deutschen Gefangenen im Ausland.

Reichsminister Eitelkeit teilt mit, daß ein Gefangenabkommen mit der Sowjetregierung abgeschlossen sei.

Hg. von Graefe (Dnat.) erinnert an die Erschöpfung des Groses Kalinin durch französische Soldaten, als er eine Patrouille führte. — Die deutsche Regierung hat in Paris mitteilen lassen, daß sie verlange, daß die schuldigen französischen Soldaten alsbald zur Verantwortung gezogen werden. Eine entsprechende Note ist in Paris überreicht worden. Die französische Regierung wird für alle Schäden haftbar gemacht, die durch die Vorkommnisse im Westen entstehen.

Weiter steht auf der Tagesordnung eine Interpellation, in der auf die belgischen Uebergriffe in den Kreisen Eupen und Malmedy hingewiesen wird. Die belgischen Behörden suchen das Abstimmungsresultat zu beeinflussen. Die Belgier beanspruchen ferner die im Kreise Monchau liegende Bahn, deren Verlust von verwerflicher Wirkung für das Deutschum wäre. Die Reichsregierung soll dem Reichsrath der Belgier entgegenzutreten und eine freie ungehinderte Abstimmung ermöglichen.

Hg. Meerfeld (Soz.) begründet die Interpellation. Clemenceau hat als Vorsitzender der Friedenskonferenz eine völlig freie Volksabstimmung für Eupen zugesagt, ebenso für Malmedy. Das ist die Theorie; aber die Praxis sieht ganz anders aus. Ein deutscher Volksenteil wird durch die belgischen Behörden national verweigert. Man müsse an das Gewissen der Welt appellieren. (Beifall.) Von den belgischen Behörden wird die Volksabstimmung zu einer reinen Komödie gemacht. Es wird mit Drohungen und Nötigungen schmutziger Art gearbeitet. Durch amtliche Erlasse werden die Unterjochten der deutschen Ruten mit schweren wirtschaftlichen Schädigungen bedroht. (Hört, hört!) Die deutsche Bevölkerung erleidet ein wahres Martyrium und erfährt Hilfe von der deutschen Nationalversammlung. Der Kreis Eupen hat nur 70 wallonische Einwohner. (Hört, hört!) In seinem krassesten Wahnsinn will Belgien sogar einen Teil des Kreises Monchau widerrechtlich an sich reißen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird mit Füßen getreten und Menschen werden wie Sachen verhandelt. Von der Regierung erwarten wir, daß sie alles, aber auch alles tut, um der gepeinigten Bevölkerung der Kreise zu helfen. (Beifall.)

Reichsminister des Neuhern Dr. Köster: Ich freue mich, daß der Anlaß, über den ich in diesem Hause zu reden habe, ein solcher ist, über den alle Parteien einig sind. Als Sozialdemokrat habe ich so lange ich politisch denken kann, immer geglaubt an den großen

Wert der Selbstbestimmung. Darum besinne ich hier, daß das deutsche Volk und besonders das Volk an unseren Grenzen die uns durch den Friedensvertrag ausgesetzten Bestimmungen und ihrer Resultate niemals als reine nationale Entscheidungen anerkennen darf (Sehr wichtig!), daß es diese Resultate vielmehr mit dem Kopf und Hirn, aber niemals mit dem Herzen anerkennen darf. (Beifallige Zustimmung.) Wir können die Bestimmungen niemals anerkennen, weil die ökonomische Fragestellung in allen Grenzländern in Zusammenhang von Räumern und Franken, die um ihre Existenz und um das Wohl ihrer Kinder bangen, tragische Personkonflikte hineinträgt (Beifallige Zustimmung), weil die einfachen Fragen des Herzens, ob deutsch oder dänisch oder belgisch oder polnisch durch die Zeit der Abstimmung und durch Bestimmungen des Friedensvertrages verzerrt und umgestaltet wird in ein rein ökonomisches Kalkül, in eine einfache nichterpe Geldrechnung. (Sehr wahr!) Von allen Abstimmungsgebieten liegen die Dinge in um Malmedy am schlimmsten. Teilis aus Ablehnung der wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Behörden, vor allem aber zum Zeichen des Protestes gegen die Vergeßlichkeit ihrer nationalen Existenz, ist die Bevölkerung dieser Kreise am 14. April in den Generalstreik getreten. Die belgischen Behörden antworteten mit Wespierung und Verhaftungen. Der ungeschickteste nach Belgien verbannte Eupener Streikleiter ist trotz aller Einsprüche der Regierung noch nicht freigelassen worden. (Hört, hört!) Am 15. April ist ein friedlicher Demonstrationzug von 10.000 Männern und Frauen, die die Zulassung zur Abstimmung verlangten, durch belgische Polizei mit Gummiknüeten und Gewehrfeuern auskanderngeprengt worden. (Hört, hört!) Die Belgier haben neue Maschinenabwehrabteilungen in den Kreis geworfen. Die Lage ist also äußerst ernst. Diese Vorgänge haben auch eine lebhafteste Beteiligung in das belgische Gebiet gebracht. Im Neuhern Gebiet haben bereits Sympathiekundgebungen stattgefunden, die sich leicht ausbreiten können. Diese Verhältnisse beweisen, daß es durchaus falsch wäre, der Frage Eupen-Malmedy und Monchau eine rein lokale Bedeutung beizumessen. Die Kreise Eupen und Malmedy sind Belgien in bedingter Form angeschlossen worden, obwohl über ihren deutschen Charakter nicht der geringste Zweifel obwalten kann. Beide Kreise sind seit der Merowingerzeit als deutsches Land anzusehen. Von dem rein deutschen Eupen, das nur 68 Wallonen hat, will ich ganz schweigen. In Malmedy sind 8000 bis 10000 Wallonen anzusehen 28.000 Deutschen. Wirtschaftlich können diese beiden Kreise eng mit Deutschland zusammen. Die Bevölkerung läßt an Deutschland fest. Für Belgien hat sich eine handvoll Großkapitalisten und Kriegsgewinnler erklärt. Die Stimmung der wirklichen Bevölkerung ist deutsch. Bei einer Umfrage stimmten 19.000 für Deutschland und nur 400 für Belgien. Wir fordern Garantien für eine unbeeinträchtigte Abstimmung. Der belgische Druck ist unerhört. Die Verprechung der Alliierten werden nicht gehalten, die Noten der Reichsregierung nicht beantwortet. Die Reichsregierung wird alles tun, um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen. Der Völkerverbund kann nur entscheiden, daß die beiden Kreise zu Deutschland gehören. (Beifallige Beifall.)

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß die große Mehrheit des Hauses hinter diese Erklärungen steht. (Beifall.)

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Die Interpellation über den Durchbruch der Ostpreußen wird am Mittwoch verhandelt.

Es folgt der Gesetzwurf über die Verlebung der Gebäude des Reichstags und der Landtage. Danach sind innerhalb eines bestimmten Baumtreises des Reichstagsgebäudes und der Landtagsgebäude Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verboten.

Hg. Roenen (U. Soz.): Das vorliegende Gesetz schränkt die Freiheit ein, die die Verfassung dem Volke belingen sollte. Wir stimmen gegen dieses Gesetz, mit dem Regierung und Parlament sich gegen Arbeiterdemonstrationen schützen wollen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Diese Nationalversammlung ist doch auch nur das Produkt einer Massenkaktion (Sehr laut! bei den U. Soz.) und solche Massenkaktionen gehen über solche Reden hinweg wie den heute vorliegenden Gesetzentwurf hinweg. Ein solches Verbot, daß der Reichstag ein selbständiges Gebiet sei, hat selbst das alte Preußen-Deutschland nicht gekannt. Das blieb dem revolutionär-sozialistisch-republikanischen Deutschland überlassen. Und wenn man die Abgrenzung stellt, die vom sozialistischen Polizeipräsident vorgeschlagen wurde, dann kann man sich nur freuen, über die wirklich genügende Entfernung, mit der die Nationalversammlung vom Volk getrennt ist. Die preussische Landesversammlung war ja hier einschlägiger, als der Reichspräsident. Das ganze Gesetz müßte den Namen führen „Reg Lüttwich“, denn er und seine Hintermänner wollten den 13. Januar und für ihn und die Leute seines Schlages ist dieses Gesetz aus der Seele gesprochen. Gibt es ihnen, wie alle hoffen, doch noch recht oft Gelegenheit, wirksam mit ihren Maschinengewehren das Parlament und das Vaterland zu reizen zu können. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Sachen bei der Wahrheit.) Nicht die organisierte Arbeiterschaft, sondern die Lüttwich und Regierungspolizei tragen Schuld an jenen Vorgängen, denn sie brauchen solche Elemente ja, um ihre Notwendigkeit zu beweisen. Dies Gesetz ist ein hohes Erbstück aus der unseligen Zeit als Lüttwich mit Roske, Seine und Graf am Ruder waren. Reaktionsäre Rundgebungen dürften ruhig stattfinden, wie es deutlich die Vorgänge beim Untersuchungsanschuß beweisen, der sich nicht mehr zu tagen getraute, weil jene Herren sich außer Stande erklärten, die Garantie für seinen Schutz gegenüber den reaktionären Schreibern zu übernehmen. Wir lehnen dieses Abnahmengesetz gegen die Arbeiter ab. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Reichsminister Dr. Köster: Es ist nicht antwortlich, sondern die Vollendung der Pmostrate, wenn die Vertreter des Volkes die ihren Beratungen gegen jeden äußeren Druck mit dem Nachmitteln des Staats nicht schiedt werden. (Unruhe und Widerspruch bei den Unabh.) Auf den Rückgang hätte sich der Vorredner nicht denken sollen, denn auch da hat nicht jeder Zutritt gehabt.

Hg. Krüger (Soz.): Das Volk hat ein Recht darauf, daß seine Vertreter unachört arbeiten können. Die toten Zustände in einzelnen Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlungen sind unerträglich.

Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung eines Gesetzes zur Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Danach kann, wenn ein Patent oder ein Gebrauchsmuster während des Krieges nicht in einer seiner wirtschaftlichen und technischen Bedeutung entsprechenden Weise hat ausgenutzt werden können, seine gesetzliche Dauer verlängert werden. Die Vorlage wird nach zustimmenden Erklärungen der Abgeordneten desentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

Zusammen mit dem weiter auf der Tagesordnung stehenden Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren wird die Vorlage über das bawische Postregal beraten.

Reichsminister Gleditsch empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Die Verteuerung des Verkehrs ist sehr beklagenswert. Sie erwidert den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens. Das in der Vorlage veranschlagte Defizit von 335 Millionen Mark wird sich trotz Anstufens der neuen Tarife auf 1400 Millionen Mark erhöhen. Neben der Sparbarkeit im Betrieb muß eine erhöhte Arbeitsleistung, eine erhöhte Arbeitskraft einwirken. Ueberflüssige Arbeitskräfte müssen trotz der Bitterkeit dieser Maßnahme entlassen werden. Jede Einnahmequelle muß ausgenutzt werden. Am Fernsprech- und Telegrafennetzwerk sind die Materialpreise außerordentlich gestiegen. Das der Postverwaltung zu gewöhnliche Darlehen ist notwendig; sonst müßte eine noch beträchtlichere Erhöhung der Gebühren erfolgen. Die Vorlage ist ein Zeichen der schweren Not, aber sie muß getragen werden.

Darauf werden die Vorlagen dem Haushaltsausschuß überwiesen. Mittwoch, 1 Uhr: Interpellation über den Durchbruch der Ostpreußen, Patentgesetz, Reichssteuer, Reichsauditschnebes. Schluß nach 5 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Heine in Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Willr. Vorwärts-Verlag. Druck und Verlag: Anstalt für Arbeitervermittlung Berlin. Diese Nummer umschließt 2 Seiten.



# Ärztliche Bekanntmachungen.

## Deutsch.

Öffentliche Gemeinderatsitzung, Donnerstag, den 22. April 1920, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaale des Rathhauses.  
Die Tagesordnung hängt in der Tür des Rathhauses aus.  
Deutsch, den 20. April 1920.  
Der Gemeindevorstand.

## Markranstädt.

Zur Versorgung der Haushaltungen und Untermieter mit

## Petroleum

werden für jeden Haushalt bis zu 3 Alter und für jeden Untermieter 1 Liter freigegeben, welche vom 22. bis 28. d. M. bei den Händlern abgeholt werden können.

Bessere Ausgaben von Petroleum finden bis zum Herbst d. J. voraussichtlich nicht statt.

Markranstädt, am 20. April 1920.  
Der Stadtrat.

# U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**Mit-Leipzig, Bezirk Westen II.** Donnerstag, den 22. April, abends 7/8 Uhr. **Funktionärsitzung bei Appenfelder.** Abrechnung der Karten vom Vergangenen, Abrechnung der Presse-Listen. Ausgabe der Kartanten. Wöchentliches Erscheinen erwünscht. Die Vertrauensleute.

**Mit-Leipzig.** Freitag, den 23. April, abends 7 Uhr. **wichtige Funktionärsitzung im Volkshaus, Zimmer 9.** Der Vorstand.

# Gewerkschaftskartell Leipzig.

Für die Betriebsräteabteilung wird ein **Expedient**

gesucht. Die Bewerber müssen sich erneut melden, da die Bewerbungschriften verbrannt sind. Nur in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation erfahrene Genossen mögen sich bewerben.

Durch Abgang ist ferner die Stelle eines **Arbeitersekretärs**

frei. Die Genossen, die den Aufgaben dieser Stelle gewachsen sind, werden aufgefordert, sich bis zum 28. April schriftlich zu bewerben.

**Gewerkschaftskartell Leipzig**  
Victoria-Hotel, Gerberstraße 1, Zimmer 10.

# Achtung, Steinarbeiter

**Donnerstag, den 22. April, abends 7/8 Uhr: Mitglieder-Versammlung**

im Volkshaus, Zimmer 9.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

# Kämpfende Holzarbeiter, Arbeitslose aller Berufe!

**Morgen Donnerstag, den 22. April, vormittags 11 Uhr**

im Volkshaus, großer Saal.

# Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Das kämpfende Proletariat und die Kirche. Referent: Genosse Redakteur Hugo Herold, Leipzig. Freie Aussprache. — Erscheint in Massen! Der Einberufer: Kollege Artur Wolf, Eisenbahnstr. 20.

# Freie sozialistische Jugend

Bezirk Leipzig-Ost.

**Donnerstag, den 22. April 1920, abends 7/8 Uhr**

**Öffentliche Jugend-Versammlung**

im großen Saal der Drei Mühlen, Breite Straße.

Tagesordnung:

# Wir und die Sozial. Proletarier-Jugend.

# Ortsverein L.-Ost.

Für die Kinder unserer Mitglieder finden Mittwoch, den 28. April, und Mittwoch, den 5. Mai, nachm. 3 Uhr im Anguste-Schmidt-Haus, Dresdener Straße, zwei Vorstellungen von „Papa Kleiner“ Original-Theater-Appenfelder-Theater statt. Am 28. April kommt zur Aufführung: Gulliver im Lande der Zwerge. Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 50 Pf. sind gegen Vorlegen des Mitgliedsbuches in der Volksgesundheitskassette, L. Ost, Volkstr., Eisenbahnstr. 10, zu haben.

Wir erlauben unsere Mitglieder, ihre Kinder in diese anregenden Vorstellungen zu schicken. Der Vorstand.

# Baugenossenschaft Thekla E. G. m. b. H.

Sitz in Thekla bei Leipzig.

**Jahresbericht IV. Geschäftsjahr 1919.**

Blanz aus 31. Dezember 1919.

Aktiva.	
1. Inventar	DM. 7.996.—
2. Bank- und Sparkassenguthaben	20.608,21
3. Beteiligungen an and. Unternehmungen	100.—
4. Kassenbestand	1.788,00
	DM. 30.292,21
Passiva.	
1. Geschäftsguthaben der Mitglieder	DM. 81.981.—
2. Reservefonds	418,80
3. Sonstige Guthaben	110,88
4. Gewinn	6.800.—
	DM. 89.310,48

# Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll		Haben	
1. Allgemeine Vermögensforten	DM. 606,37	1. Gewinnvortrag	DM. 464,03
2. Verluste an Artgenossenschaft	450.—	2. Zinsen	724,30
3. Sonstige Ausgaben	186,52	3. Sonstige Einnahmen	810.—
4. Gewinn	848,04	4. Verlust	—
	DM. 1.088,93		DM. 1.988,93

# Mitgliederbewegung.

Bestand am 1. Januar 1919 23 Mitglieder, mit 24 Anteilen

Neu eingetreten 127

susammen 150 Mitglieder, m. 151 Anteilen

Abgang: durch Uebertragung 1 Anteil mit 1 Anteil

Abgang 9 Mitglieder, m. 9 Anteilen

Stand am 31. Dezbr. 1919 140 Mitglieder, m. 141 Anteilen

Die Gesamtsumme betrug am 31. Dezember 1919 DM. 42.800.—

— sie hat sich gegen das Vorjahr vermehrt um 35100.—

Der Vorstand. Der Kassatorat.

D. Dietrich, G. Schön, Jul. Pfeifer.

# Zeitungsträgerinnen!

Heute Mittwoch, den 21. April, abends 7/8 Uhr

# Grosse Versammlung

im Neuen Gasthof Leipzig-Gohlis

Strassenbahnstation 12, 13, 20 direkt oder mittels Umsteigen am Hauptbahnhof oder Fleischerplatz.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Zeitungverlegern.

2. Aussprache und Beschlussfassung.

Die Gewerkschaften bei der Beschaffung der Versammlungsorte bedingten, daß die Versammlung nach einem Vorort besucht werden mußte. Bei der großen Wichtigkeit der Tagesordnung ist aber das Erscheinen aller Trägerinnen erforderlich. Man gehe also nicht den weiten Weg und komme zahlreich.

**Auf zur Versammlung!**

Deutscher Transportarbeiter-Verband  
Sachgruppe Zeitungsträgerinnen.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Büro: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21.  
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.

Achtung! Achtung!

# Straßenbahner Leipzigs.

Donnerstag, den 22. April, abends 7/8 Uhr, im Neuen Gasthof in Leipzig-Gohlis

# Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission in Dresden.  
2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.  
3. Gewerkschaftliches.  
4. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem dienstfreien Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, diese wichtige Versammlung zu besuchen.

Sektion der Straßenbahner.  
J. U. Karl Schäfer.

# Turner! Fußballspieler!

Donnerstag, den 22. April, abends 7 Uhr

im Deutschen Haus, Lindenau

# Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Sie Deutsche Turnerschaft und Deutscher Fußballbund — Sie Arbeiter-Turn- und Sportbund.  
Referent: Bundesplatzwart A. Koppisch.

Arbeiter! Kommt in die Versammlung und verschafft euch Aufklärung über die bürgerliche und die Arbeiter-Turn- und Spielbewegung. Freie Turnerschaft L. Ost.

Verband der

# Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Sanitätsgebäude), Eingang Braustr. 17, durch den Garten. Geschäftszeit: 8-10 Uhr vorm., 12-1 Uhr nachm., Donnerstags u. Freitags 4-6 Uhr nachm.

Freitag, den 23. April, abends 7 Uhr in der Silberwappel

# Berlammung aller Ausschüsse und Vertrauensleute

der städtischen und staatlichen Betriebe.

T. O.: 1. Die Urabstimmung über die Beitragsverhöhung. 2. Verschiedenes. Vollzähl. Erscheinen ist Pflicht! Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Büro: 1. Sülzstraße 10, 2. Sülzstraße 10, 3. Sülzstraße 10, 4. Sülzstraße 10, 5. Sülzstraße 10, 6. Sülzstraße 10, 7. Sülzstraße 10, 8. Sülzstraße 10, 9. Sülzstraße 10, 10. Sülzstraße 10.

Freitag, den 23. April, nachmittags 7/8 Uhr

# Allgemeine Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zum Verbandstag. 2. Stellungnahme zur Bewegung in der Bau- und Möbelbranche. Aussprache dazu. 3. Verschiedenes. Die Verwaltung.

# Bildhauer aller Branchen.

Sonntag, den 24. April, abends 7 Uhr, Sektionsversammlung im Volkshaus, Zimmer 1. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Branchenleitung.

# Hauskassierer und Zeitungs-Expedienten.

Achtung! Mittwoch, den 28. April, findet eine wichtige Besprechung im Volkshaus, Zimmer 1, statt. Bestimmtes Erscheinen erwartet. D. H.

# Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter Deutschlands.

Briefumschlagbranche.

Donnerstag, den 22. April, nachmittags 7/8 Uhr

# Grosse Versammlung

aller in Briefumschlagfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Saale des Pantheon, Dresdener Straße.

Tagesordnung: Der neue Reichslohnvertrag. Kolleginnen und Kollegen! Die Verhandlungen mit den Unternehmern in Weimar seitlich ein neues Lohnabkommen, über das in der Versammlung Bericht erstattet werden soll. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Branchenangehörigen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

# Berichterstatter!

Ein tüchtiger Berichterstatter wird von sofort an für die **Leipziger Volkszeitung** gesucht. Genossen, die über die erforderlichen journalistischen Fähigkeiten verfügen, bitten wir, uns sofort ihre Bewerbung einzusenden.

Leipziger Buchdruckerei Wittgensteins

# Die Weltrevolution

Wochenblatt für die Interessen des internationalen Sozialismus u. Kommunismus.

Das Kampforge der revolutionären Arbeiterschaft erscheint wieder am 1. Mai Abonnements-Einladung!

In den Verlag

# Die Weltrevolution

Rudwig Bergmann

Berlin NO 5, Marienburger Straße 28.

Bestelle hiermit zur regelmäßigen Zustellung durch den Verlag die Wochenchrift „Die Weltrevolution“ für das laufende Vierteljahr. Den Bezugspreis von M. 4.— habe ich per Postanweisung abgeandt.

Die bisher erschienenen 12 Nummern sind soweit vorhanden, zum Preise von 1,50 Mark durch den Verlag zu beziehen.



Paul Baumann  
**Fischwaren-Groß-Handlung**  
Tel. 14122  
Windmühlenstr. 42

# Trotz Preissturz

erhalten Sie noch diese Woche

# Ganz ohne Geld

bei Abgabe 10 Pfd. Zeitungspapier

# 2 Pfund Voll-Heringe

und 1/2 Pfund Heringssmilch

# 1 Pfund süße Pflaumen-Melange

# 3 Pfd. zarte geschnittene Möhren

# 3 Pfund Rotkohl

# 1 Pfund Speisen-Würze.

Wirtschaftliche Geschenke, Haushaltswaren und Fischwaren in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Ein Gelegenheitsposten **Neue Roll-Möge** ca. 1000 Dosen

aus feinem Mehl, Original 4 Liter-Dose, kramme Bad.

In Dosen 28 Mk. In Gefallen 27 Mk. Großer Bestand nach exotischen unter Nachnahme franco Bahnhof Leipzig.

# Familien-Nachrichten

Nachruf. Freitag, den 17. April 1920, abends 8 Uhr, verstarb im Alter von 80 Jahren, nach qualvollem, mit Gebührender Ertragnem Leiden, jedoch unermüdet, unsere liebe, besorgsamste Tochter, Schwester und Schwägerin

# Anna Laise Reichardt geb. Eisenlöffel.

Dies seligen Schmerz erfüllt an

E. Reichardt, geb. E. Heubnis, seit

Familie Dietrich.

Familie Schulze.

Familie Eisenlöffel.

Rob. Dietrich als Bruder.

Kurz war dein Bild, fast war es nur ein Traum.

Lebt lei die die Erde!

# Anna Lönner geb. Finke.

In tiefem Schmerz

Richard Lönner im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 23. April, nachmittags 4 Uhr, in Holzhausen statt.

In der letzten Todesanzeige Homillus mußte ein

Unterschrift lauten: Otto Kretzschmar



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. April.

Parteiangelegenheiten.

Das Prekomitee hat sich konstituiert. 1. Vorsitzender: William Hoyer, Adrnerstraße 22; 2. Vorsitzender: Albin Herr; Schriftführer: Jakob Krug.

Ortsverein Ost-Bezirk, Nordbezirk. Donnerstag, den 22. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Appelhorn, Berliner Straße 34, Sitzung sämtlicher Funktionäre. Hierzu haben alle Genossen zu erscheinen. Die Bezirksvertreter.

Mitteilungs-Bezirk Ost. Heute Mittwoch, den 21. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Glöcknerstraße 4, wichtige Funktionärsitzung. Sammellisten sind restlos abzurechnen.

Kuhleiner Süden. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Restaurant Frischen in Gashwitz Funktionärsitzung. (Zwenkau, Gashwitz, Deuben, Gröben usw.) Persönliches Erscheinen ist nötig.

Ostbezirk. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr: Funktionärsitzung im Sophienhöfchen, Neuschönefeld, Konradstraße.

Modau. Die Funktionärsitzung wird des Bezirkes wegen auf Donnerstag verschoben. Alle Genossen treffen sich Mittwoch im Modau-Ausschank.

„Gottesdienst“ eines modernen Pfarrers.

Den Spaziergängern in der Weststraße bot sich am Sonntagvormittag ein seltsames Bild dar. Vor dem Eingang zur Loge gegenüber der katholischen Kirche stand gerade zur Arbeit ein Mann im Stahlhelm und bewehrt, Wache, gerade zu einer Zeit, alldo die frommen und gläubigen Seelen durch ihre Hirten dem irdischen Jammertrakt und in jene reinen Gesilde versetzt werden, wo die reine Menschlichkeit zur Wahrheit geworden. Die Loge ist zur Kaserne umgewandelt worden, damit die Geld- und Pfefferfäden im Karl-Tauchnitz-Quartier ruhig schlafen können. Der stark bewehrte Mann, der just zur Gottesdienstzeit dort den Schutz der reichen Leute versah, ist niemand anders als Pastor Mühlhausen.

Schon mancher Pfaffe hat seinen Beruf gewechselt, manch einer hat auch schon den Talar und das Bistchen mit dem Messerrot vertauscht; dann hat er es aber ganz getan und nicht, wie Pastor Mühlhausen, dem Bibelwort entgegengehandelt, daß er zugleich Gott und dem Mammon diene. Wie es auch immer mit seinem christlichen Glauben und der Aufrichtigkeit zu seinem Hirtenberuf bestellt sein mag, Herr Mühlhausen hat durch sein Wachen während des Gottesdienstes gezeigt, daß ihm der Gott Mammon näher steht als der der Liebe und der christlichen Barmherzigkeit. Ob Herr Mühlhausen während seiner Götzenwache nicht der Gedanke von seiner zweideutigen Rolle zum Bewußtsein gekommen ist, daß er zur selben Zeit gegen eigene Volksgenossen den Schießprügel schultert, wo er sonst gleich seinen Amtsrührern in Christo das Wort Gottes predigte, daß alle Menschen Brüder sind und sich lieben sollen? Ist ihm auch nicht während der feierlichsten Stunde der Gedanke aufgestiegen: was wohl Christus geantwortet, wenn man ihm zugemutet hätte, er solle den Stahlhelm aufsetzen und die Reiches beschützen? Es war doch wohl Christus, der die Geldwechsler mit der Peitsche aus dem Tempel trieb und sie verfluchte? Im Jahre 1920 aber steht in der Kulturstadt Leipzig ein Diener von ihm in Stahlhelm zur Gottesdienstzeit und schultert das Gewehr gegen die Armen.

Spiegel.

Unter dem Kostürrück ist ein Spiegelsystem geschaffen worden, das natürlich auch jetzt von der Reichswehr beibehalten wird. Diese Truppe ist vor allem zum Kampf gegen den „inneren Feind“ geschaffen worden, und es werden gegen ihn nicht nur Handgranaten und Minenwerfer, sondern auch Spiegel mobil gemacht. In Leipzig bedient man sich ebenfalls solcher „Staatsspiegel“, die für Geld Anschlag sind. Als Spiegel entlarvt wurde Albert Wittig, wohnhaft Leipzig-Kolkmarstraße, Dörsche 15. Er war angeblich vom Generalstabsangehöriger des Zeitfreiwilligenregiments. Während des Generalstreiks in Leipzig war er in der Volkswehr tätig. Nach den Straßenkämpfen ist er zur Reichswehr gegangen. Er will aber jetzt schon wieder entlassen sein und gibt an, daß er arbeite. Eigenhändig unterschrieben hat er nachstehende Angaben:

Kleine Chronik.

Einen Jolly von 7 weltläufigen Heimatliedern veranstaltete der Landesverein Sächsischer Heimatschutz im Bestaand des Zentralbüros. Am Freitag fand der erste Vortrag statt, Herr Siegfried Wolke unternahm einen Umgang durch das alte Leipzig. Er zeigte im Bildbilde das Leipzig von 1830, gelegentlich auch heute in selbiger Zeit verlebend. Das trübe Ergebnis ist, daß kaum eine zweite deutsche Stadt derartig von „frühpollendem“ „Geldschlamm“, d. h. von der Wohlhabenheit der Grundbesitzer und Händler verwallt worden ist, wie Leipzig, welche Schönheiten an Landschaft und Bauten sind bedenkenlos zerstört worden, weil sie der „Ausnutzung“ des Grundstückwerts und dem „Verkehr“ im Wege standen. Die Kulturverderblichkeit des Systems des Privateigentums trat trotz vors. Auge. Die Bilderreihe war von einem Vortrage begleitet, der gar zu „volkstümlich“ sein sollte, d. h. der mit gar zu blühigen Witten und zu viel aufgestrichener Sentimentalität durchsetzt war. Und die Tendenz, die sich in dem lobenden Wort von den „waderen Zeitfreiwilligen“ kundgab, sollte der Heimatliedbund nicht herausstellen!

Violintanzzeit. Gewiß ist Handel der Größere, wenn er neben Karzin und Lalo erscheint. Daß er durch anfängliche Befangenheit Armeila Bauer zu leiden hatte, ist daher doppelt schade. Besonders, wenn man hörte, mit wieviel symphonischem Schwung und musikalischer Eleganz Lalos spanische Melodie wiedergegeben wurde. Es ist eben durchaus nicht immer nötig, daß sich die Komponisten streng chronologisch ablesen. Am besten gelang ohne Zweifel die andalusische Romanze von Sarasate. Was hier ihre breite, fröhliche Bogenführung und ein flink angewandtes Crescendo und Diminuendo herausholte, übertraf die weiblich streifen Rätterstücke eines Rardine um ein Vielfaches. Doch da, wo sich wirklich Musik und reiner Illustration vereinen, reichen sich Künstler und Publikum am liebsten die Hände. Also komm, Baltard! Effekt ist alles, warum nicht ausnutzen? — Max Wünsche am Klavier bewältigte seine nicht leichte Aufgabe sehr gut.

Neues Theater (Seite 12). Die Straß durchgeführte Aufführung war ein Scheitern, denn auch kein Ereignis. Als die Verleumder als Armutter Erba befruchtete nicht ganz. Ihre Stimme hätte

Hauptmann Hartmann von der 7. Kompagnie des Grenzfäger-Regiments 88 äußerte vor der Kompagnie, daß jeder Mann der Kompagnie 10 Mk. bekomme, der einen Mann mitbringe, der gewillt sei, in die Reichswehr einzutreten. Er müsse aber ein — gebienter Mann sein.

Dem Wittig ist folgender Ausweis abgenommen worden: Leipzig, 20. 3. 1920.

Reichswehr-Regt. 88. 7. Kompagnie. A. B. Nr. Ausweis.

Jäger Wittig ist Angehöriger der 7. Kompagnie Reichswehr-Regiment 88 und nach nicht im Besitz eines Kasse-Ausweises, da Neuestellung. Es wird gebeten, ihn mit Passen zu lassen. Inhalt (Wäsche) geprüft.

Sicherlich gibt es noch mehr solcher Wittigs. Die Arbeiterkass wird ein wachames Auge haben und solchen Elementen das Handwerk legen müssen. Wie man in der Zeit der Deligitivkass, des Miesendalles in der Reichswehr mit dem Gelde der Steuerzahler herumwirft, zeigt das Verprechen des Hauptmanns Hartmann. Die Unterhaltung des Spiegelsystems kostet eine ungeheure Summe. Das revolutionäre Proletariat wird hier den eisernen Befehl nehmen und gründlich zurückgehen müssen, wenn es zur politischen Macht gelangt.

Bazarellinsassen und Umschuler.

Noch immer haben eine Menge ehemaliger Frontsoldaten Lazarettbehandlung notwendig. Meist sind es Schwerkriegsbeschädigte, Amputierte, Krüppel, Blinde usw. In deutschen Lazaretten befinden sich jetzt noch rund 70 000 Soldaten. Im Bereiche des ehemaligen 19. Armeekorps beträgt die Zahl der Bazarellinsassen circa 3000. Dazu kommen noch 400 Umschuler, die schon aus den Lazaretten entlassen sind. Am 10. April fand im Volkshaus eine Versammlung der Bazarellinsassen und Umschuler Leipzigs statt, die vom Korpsauschuss der Bazarellinsassen des 19. Armeekorps einberufen worden war. Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Bazarellinsassen Deutschlands, Adolf Klinger, be-

Der Militarismus

ist die stärkste Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion. Die Maifeier muß sich deshalb zu einer wichtigen Massenkundgebung des Proletariats gegen das militaristische Gewaltregiment gestalten. Darum:

Rüflet zur Maifeier!

richtet über die Organisation der Bazarellinsassen. Seit dem 10. April 1920 sind die Bazarellinsassen entmilitarisiert. Sie unterstehen nicht mehr dem Reichswehrministerium, sondern dem Arbeitsministerium. Das bisherige Vertrauensmännerkollodium drückt dadurch in sich zusammen. Deshalb soll jetzt eine feste Organisation der Bazarellinsassen geschaffen werden, deren Grundlage der Korpsauschuss sein soll, der bisher die Spitze des Vertrauensmännerkollodium bildete. Über die gegenwärtig wichtigsten Umschulerfragen berichtet der Vorsitzende des Korpsauschusses der Bazarellinsassen des 19. Armeekorps, Gust Schroz. Bisher wurden die Kriegsbeschädigten aus den Lazaretten entlassen, ohne Rücksicht auf ihren hilflosen Zustand. Entgegen einer Reichswehroverordnung sind in Sachsen die Schwerkriegsbeschädigten in Lazaretten behalten worden. Die Umschuler verlangen vom Staat die Gewährung von Unterstützung in solcher Höhe, daß es ihnen möglich ist, einen andern Beruf zu erlernen. In Sachsen ist für die Umschuler beim Arbeitsministerium ein Existenzminimum erreicht worden. Danach erhalten Bedinge monatlich mindestens 180 Mk. Verheiratete mit Kindern erhalten entsprechend höhere Sätze. Bei Gewährung dieser Unterstützung kommt die bisherige Familienunterstützung in Wegfall. Ob ein Schwerkriegsbeschädigter eigene für einen bestimmten Beruf besteht, entscheidet nicht mehr der Arzt, sondern eine Berufskommission. Herr Klinger hat die Meinung der Bazarellinsassen bewegt sich in

Höhe der Klasse I der ordentlichen Sätze der Ortsrentenklassen. Bei der Entlassung sollen die Bazarellinsassen einen Anzug von mindestens einjähriger Tragfähigkeit erhalten. Leibwäsche soll aus den Beständen der Reichswehroverwehrgestelle gewährt werden.

Der Leiter des Ortsamts für Kriegerversorgung zu Leipzig, Herr Schmidt, legte in breiten Ausführungen Zweck und Ziele der amtlichen Kriegerversorgung dar. Das neue Versorgungsgebot bildet das Schlüsselstück zu den Kriegsversorgungsgeboten. Die Ansprüche scheiden sich in zwei Hauptgruppen: erstens in die reinen Versorgungsansprüche (Renten, Beihilfen usw.), zweitens in die soziale Fürsorge. Den Kriegsbeschädigten ist jetzt der Rechtsanspruch eingeräumt worden gegenüber den „Kann“-Ansprüchen von früher. Die private Fürsorge ist abgelöst durch die staatliche. Das neue Versorgungsgebot weist den amtlichen Fürsorgestellen zwei Aufgaben zu. In erster Linie die sofortige Berufsfürsorge und dann die Milderung der Folgen der Beschädigung. Die oberste Behörde der Kriegerversorgung ist das Landesamt für Kriegerversorgung in Dresden. Die Kreisämter sind Zwischenbehörden, denen nach unten die Orts- und Bezirksämter folgen. Dem untersten Amt ist ein Weirat zugeordnet, der sich zusammensetzt aus Vertretern der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, der Arbeiter und Unternehmer. Den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen steht das Beschwerderecht an den Weirat des Ortsamtes zu. Die erste Arbeit des Ortsamtes besteht in der Anweisung der Kriegsbeschädigten zur Erwerbsarbeit. Die Arbeitsvermittlung des Ortsamtes ist im wesentlichen die Weiterführung der Arbeit des Bezirksheimatamts. Bis Ende 1919 sind rund 12 200 Kriegsbeschädigte durch die Arbeitsvermittlung des Amtes gegangen. 2000 Schwerkriegsbeschädigte waren darunter, die zu besonderen Berufen ausgebildet wurden. In Deutschland befinden sich circa 1 1/2 Millionen Kriegsbeschädigte, darunter circa 1/2 Millionen Schwerkriegsbeschädigte. Der Weirat machte eingehende Ausführungen über Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Heilbehandlung, Wäberfürsorge, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Unterstellungen, Rentenfragen, Kapitalverbindungen, Darlehen, Sagenbeschaffung, Siedlungs- und Wohnungswesen, Außenfürsorge, Rechtsberatung und Rechtschutz. Die einzelnen Darlegungen des Vortragenden reichten oft an die Grenze der Schönschreibung und waren geeignet, bei den Zuhörern Mißtrauen zu wecken, denen nur zu bald die Kritik einsetzte. Die Enttäuschung zu dieser Arbeit- und Beschäftigungslosigkeit Kriegsbeschädigter ist zu offenkundig. Die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge steht im engen Zusammenhang mit den übrigen sozialen Aufgaben des Staates. Das gegenwärtige gerillte Deutschland, das seine Existenz der Notensprelle verdankt und nicht der Produktion, muß auf die Dauer an den finanziellen Anforderungen scheitern. Deshalb haben gerade die Kriegsbeschädigten ein hohes Interesse an der Beschäftigung der Produktionsmittel, die auch ihnen die Zukunftsaussichten lichter erscheinen lassen.

Die Studenten in das Zeitfreiwilligen-Regiment gepreht wurden.

Uns ist folgendes Dokument zugegangen: Leipzig, den 20. März 1920. Am Aufrufe des Konvents teilte ich Dir hiermit folgenden, heute gefassten Konventsbeschluss mit. Jeder in Leipzig anwesende Aktive und immatrikulierter Inaktive hat sich unverzüglich dem Zeitfreiwilligenregiment zur Verfügung zu stellen. Bis spätestens 28. 3. 20 hat jeder dem Konvent Mitteilung davon zu machen, bei welcher Kompanie er eingetretten ist. Jeder zur Zeit auswärts befindliche Aktive oder immatrikulierter Inaktive hat sich unverzüglich der Reichs- oder Einwohnerwehr seines Aufenthaltsortes, am besten aber dem Zeitfreiwilligenregiment Leipzig zur Verfügung zu stellen, und spätestens am 21. 3. 20 dem Konvent von erfolgtem Eintreffen zu benachrichtigen. Der Konvent behält sich gegen Saumselige weitere Schritte vor, Landmannschaft Chemnitz, Leipzig. So wurden Zeitfreiwillige geworden. Das ist Terror brutaler Art. Das Schriftstück beweist auch, daß Begeisterung für das Zeitfreiwilligenregiment nicht einmal unter den Söhnen der Bourgeoisie und der Agartier vorhanden ist, denn sonst brauchte man doch nicht zu solch terroristischen Mitteln zu greifen.

Die Sozialisten zur Lebensmittelpflege. In einer Kreisversammlung der Sozialisten vertrat die Verbandsvorsitzende Baum und Dresden: Auf die Proteste der deutschen Wirte gegen die verhängliche Schleichhandelsverordnung und auf die wiederholten Eingaben wegen der Schwere der Lebensmittelpflege für die Masse habe das Reichswirtschaftsministerium kürzlich den Landesverbänden mitgeteilt, daß es bereit sei, den Wirten ausländische Lebensmittel zu beschaffen, allerdings müßten die Wirte die erforderlichen Beiträge garantieren und sie in ausländischen Werten zur Verfügung stellen. Da aber fast kein Wirt in der Lage sei, Vorkasse in ausländischen Werten zu zahlen, so müsse die Reichsbildung scheitern. — In der Versammlung wurde weiterhin mitgeteilt, daß die Wirte sich in einer Versammlung am Mittwoch mit einer neuen Preisserhöhung von 10 Prozent beschäftigen werden. Schließungsmaßnahme für die Hausangehörigen. Beim Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig, Seeburgstraße 14—20, besteht zur

den Rahmen des großen Wagner-Orchesters nicht aus und wirkte forciert und unruhig. In einem andern als dem hochdramatischen Maß wäre die Sängerin wohl besser am Platze. Das Spiel läßt sich nach dieser Rolle ja überhaupt nicht bewerten. Lektor Bohner holte aus der kleinen Partie des Alberich alles Mögliche heraus. Ly.

Das 4. Philharmonische Konzert brachte Werke dreier lebender Tonkünstler, was angesichts des bürgerlichen Konzertbesuchers, der den Dungenord vor-Botansetzung einer rühmlichen Verkleinerung macht (siehe Dautenand, den Dichter der Paraphrasen), recht verdienstlich ist. Am beachtenswertesten waren das Leipziger Muster der Singeloch Vertonungen zweier Romane aus Richard Demichels Zwei Menschen. Sie zeigten vor allem einen eigenen künstlerischen Willen und ein gewisses Streben, die Musik zur Verklärung überhöhtlicher Beziehungen zu machen. Freilich, restlos zu lösen vermag das nur ein ganz Großer, man denke an die Stelle: Brüder, überm Sternenglanz in Beethoven's Meiner. — Kornelius' Einfontetta mit ihrer raffinierten Instrumentenverflechtung ist recht anpruchsvoll, aber ohne die eigentliche melodische Wärme. In all ihrer Raffinesse wirkt sie tragisch, ohne eine Lösung zu haben: ein Abbild so vieler Menschen dieser ohne Uebergangzeit. Sehr unvollständig dagegen ist Hans Rauns Operette „Dann, Mitter“. Viel Bornfann war da am Werk und hat ein gefälliges, nicht allzu aufregendes Konzert geschaffen. Das Orchester unter Hans Erdmets wie die Solisten gaben ihr Bestes. — Charles Krüll verdient das Entschuldig, daß seine Verhältnisschwierigkeit in künstlerischen Dingen lärmendes Japsatkommen und andre Mühseligkeiten dazwischenwarf.

Schauspielhaus. Besmit Andrejews Drama Tage des Lebens, das am kommenden Sonnabend als literarischer Abend unter Fritz Diehmanns Regie zur Aufführung kommt, ist in den Hauptrollen besetzt mit den Herren: Paul Weberow, Otto Stockel, Karl Repler, Hans Stolle, Hanns Steiner, Adolf Braunstein und den Damen: Käthe Pafke und Stella David.

Theater in der Pfefferstraße. Am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet die Erstausführung des Schwanens Der Großstadt-Kavalier von Georg Dantowitsch mit Hans Seibert in der Hauptrolle statt. Die übrigen Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Theodor Bageborn — Paul Erich Wolter, Emma, dessen Frau — Gertha Wollmann, Doktor — Karl Marx, Fuchs — Hans Linde, Emma

Toni Mann-Krinn, Alton Hofmeister. — Jenny Orj, Dagobert Wiesel — Eduard Kubat. Spielleitung: Hans Seibert. Freitag und folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr, Der Großstadt-Kavalier.

Kritik zum Ausklang im Draufhelfen (am 18. April). Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Darbietungen des Arbeiter-Bildungsvereins genügen im allgemeinen nach Form und Inhalt den höchsten Ansprüchen. Aber „Die kleine Verlegerin“ von Prosch, schon im Titel ein Grenzfall, ist ihrem Inhalt nach eine weinerliche Kabarettballade, gemacht, um billige Nahrung, momentanes Mitgefühl für die Armen beim Vorzeigeis zu erzeugen. Von der Kunst verlangt man vor allem Wahrhaftigkeit, aber keine höhere Dichtung, erst recht nicht ein Proletariat glaubt, daß das arme, liebe, kleine Mädchen sein Püppchen ins Reichthum schafft, um den Wohlstand seines Mütterleins zu füllen, damit endlich einmal der große Taxator erweicht wird und nun für das Kind sorgen will. Die rührende Dichtung dramatische Dichtung“ hätte eher in einen christlichen Jungstrauenverein gehört, nicht in eine Arbeiterveranstaltung! P. Michalek.

Wir haben's ja dazu! In einem längeren Eingelands des Tageblattes heißt es zum Schluß: Dabei ist nunmehr aber die Anrechtshaber mit den zwangweise billigten überhöhten Preisen bereits fast abgusind, so ist es auch nur recht und billig, daß die Herren Stadtoverordneten, denen die Erhöhung der Einnahmequelle des neuen Stadttheaters — sogar auf eine vertragswidrige Weise — so sehr am Herzen liegt, sich nunmehr des von ihnen vor gar nicht langer Zeit selbst bewilligten Rechts auf je 10 Dienst-Freiplätze in bester Lage an jedem Vorstellungsbereich in jedem der drei städtischen Theater freiwillig zugunsten der bedrängten Bildungsanstalten wieder begeben: eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die von allen Nichtbesessenen als wirkllicher Theaterdienst anerkannt werden wird. — Damit werden unfre vor einigen Wochen ausgesprochenen Bedenken noch verstärkt. Täglich 30 gute Freiplätze an mindestens 300 Tagen, das bedeutet bei den letzten Preisen einen Ausfall von mindestens 100 000 Mk. im Jahre. Bei einer so wahrhaftigen Zurückhaltung ist es kein Wunder, daß die städtischen Theater vor dem Bankrott stehen. Viel Geld könnte auch gespart werden, wenn man die Intendanten oder Direktionslogen einzöge. Es geht auch ohne das, zumal sie vermältig müßend leer sind. Auch hier liegen sich Sehnsüchtige einnehmen!



Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Aufstellungsverhältnis ein Schlichtungsausschuss für die Kantonsstellen, der sich aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je einer Vertreterin der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt und nach Bedarf zusammentritt.

**Deutscher Freidenker-Kongress.** In Leipzig findet vom 12. bis 14. Mai eine Tagung der Deutschen Freidenkervereine statt. Die Vereinheitlichung der deutschen Freidenkervereine in organisatorischen Fragen, sowie das Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Montistenbund bildet einen wesentlichen Punkt der seit 5 Jahren zum erstenmal wieder einberufenen Tagung.

Die Freireisenden-Gemeinden Deutschlands bilden in diesem Jahre auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurück. In einer Tagung am 11. bis 12. Mai in Leipzig soll dieses Jubiläum gefeiert werden.

**Rednervereinigung.** Donnerstag, abends 1/8 Uhr, findet im Volkshaus eine Zusammenkunft der Rednervereinigung statt.

**Lebensmittellisten für Donnerstag, den 22. April.**  
Für Haushaltungen.  
Anmeldung. Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Fleischmarken N.  
Küchengebäck. Kunstbrot oder Marmelade: Letzter Tag — bestellt mit 14 B und K der Lebensmittelliste Reihe N (ein halbes Pfund).  
38. Kartenausgabe: Nr. 401—600.  
Lebensmittellisten für Schantwirtschaften usw.: Buchstaben R—Z.  
Für Händler.  
Schälbohnen: Bezugselementnahme.  
Reis und Milchpulver: Bezugskartennahme Marktgrafenstraße 8 und Erfragung; wann und wo die Ware zu entnehmen ist.

### Bollzeinrichtungen.

**Warnung vor Bahnhofsdieben!** In der letzten Zeit sind bei der Kriminalabteilung häufig Anzeigen darüber eingegangen, daß Reisende, die bereits einen Zug bestiegen, diesen aber, um eine Zeitung zu kaufen oder aus andern Gründen, auf kurze Zeit nochmals verlassen hätten, das meist sehr wertvolle Reisegepäck geklaut worden ist. Besonders D. J. H. werden von den Dieben bevorzugt. In verschiedenen Fällen hatten sich die Betroffenen nur wenige Schritte von ihrem Wagentisch entfernt. Die daraufhin veranlaßte Durchsuchung des Zuges durch herzugeholte Kriminalbeamte ist meist ergebnislos verlaufen, da die Täter inzwischen schon das Weite gesucht hatten. Bei dieser Gelegenheit mag nicht unerwähnt bleiben, daß sich im Hauptbahnhof Spitzhaken nicht nur in den Zügen betätigen, sondern es bräuen sich dort in den Wartehallen und auf den Querbahnsteigen zu jeder Tages- und Nachtzeit eine große Anzahl dunkle Gestalten umher, die jede günstige Gelegenheit benutzen, um zu stehlen, sei es nun aus einem unvorsichtig getragenen Handtäschchen eine Geldtasche, sei es eine Brieftasche aus einem Jackett oder aber, was in den Wartehallen besonders häufig vorkommt, Geldtaschen der von Müdigkeit übermannen Durchreisenden. Sehr oft kommt es auch vor, daß Reisende einem fremden Menschen ihr Reisegepäck auf kurze Zeit in Verwahrung geben, um bei ihrer Rückkehr die schmerzliche Erfahrung zu machen, daß sie einem Gauner in die Hände gefallen sind.

**Unfälle.** Am 17. d. M., mittags 12 Uhr, ist ein schwerer Arbeiter beim Ueberfahren der Albert-Brücke von einem Straßenbahnwagen der Linie 2 umgerissen und dabei am rechten Knie so schwer verletzt worden, daß sich seine Aufnahme im Diakonissenhaus nicht machte. — Am selben Tage, nachmittags 4 Uhr, ist auf dem Bahnhofsplatz ein Buchhalter von einem Personkraftwagen angefahren worden; er wurde von Straßenpassanten mit schweren Kopf- und auch inneren Verletzungen aufgehoben und nach der Sanitätsstation gebracht, von wo aus die Aufnahme des Verwundeten in das Krankenhaus St. Georg erfolgte. — Am 18. d. M., 1/11 Uhr abends, ist ebenfalls auf dem Bahnhofsplatz eine 64 Jahre alte Witwe bei dem Versteigen auf einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen aufgesprungen, abgerutscht, zu Falle gekommen und ein Bein geknickt worden. Sie trug Quetschungen des Rückens und des linken Beines davon und wurde mit einer Drohke nach ihrer Wohnung gebracht. — Zur selben Zeit ist ebenfalls ein 80 Jahre alter Dienstmädchen von einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen in verkehrter Richtung abgesprungen und dabei zu Falle gekommen, wobei sie anscheinend ebenfalls schwere Verletzungen erlitten hat. Sie wurde in das Krankenhaus St. Georg eingeliefert. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird in jedem Falle die Schuldfrage klären.

### Landeschulsausschuss.

Prof. Dr. Kühnel-Leipzig sprach über **Die innere Umgestaltung der Schularbeit zur Arbeitsschule als Grundlage für den künftigen Aufbau und Ausbau.**  
Bei der Umgestaltung unserer gesamten Erziehung sind Änderungen im äußeren Auf- und Ausbau der Schulen nicht zu umgehen. Wichtigster noch und für den äußeren Aufbau von grundlegender Bedeutung sind die inneren Umstellungen. Wir müssen die vorwiegend stofflichen Ziele mehr in den Hintergrund rücken zugunsten von Erziehungszielen, welche die Entwicklung der Persönlichkeit fürs Leben anstreben. Die heutigen Stoffpläne sind durch Bildungspläne zu ersetzen. Wir werden in wissenschaftlicher Forschung genommene Erziehungsmethoden entwickeln, die die gesamte Erziehung auf die Grundlage der Arbeit stellen, der sich Unterricht und Gemeinschaftsleben fittgemäß und ungesucht anzugliedern haben. Diese innere Umstellung kann nur dann in absehbarer Zeit erreicht werden, wenn unverzüglich folgendes in Angriff genommen wird. Es ist jedem Fächler die Möglichkeit der Arbeit zu geben, auch der Körperlichen. Zu diesem Zweck ist der Werkunterricht als verbindliches Fach an allen Schulklassen einzuführen. Die erziehungswissenschaftliche Forschung ist tatkräftig zu organisieren. Der Ausbau einer Lehrerbildung ist von Grund auf großzügig und in möglichst kurzer Zeit auszuführen.  
Verschiedene Debatterende forderten, daß die geistige Schulung nicht zu sehr zurückgebracht wird, weil ohne dieselbe es nicht möglich sein würde, die schwierigen Aufgaben unserer Zeit zu lösen. Bisher habe sich der Unterricht im wesentlichen nicht nur auf die Uebermittlung von Wissensstoff beschränkt. Der bisherige Unterricht sei schon Arbeitsunterricht bis zu einem gewissen Grade gewesen, er müsse nur noch intensiver in dieser Richtung ausgebaut werden. Ganz zu entbehren sei die Berufsschule nicht; die, in modernem Geiste geführt, neben der Berufsschule ihre Berechtigung habe. Dem würde von anderer Seite entgegengehalten, daß die Arbeitsschule, die die Eigenständigkeit des Schülers anregt, zu einem großen Kräftequell werde. Die Schule dürfe nicht in das Extreme verfallen, anzunehmen, daß alle Kinder dem Werkunterricht mehr Neigung entgegenbringen als geistiger Arbeit. Diese müsse nur der Vielseitigkeit der Interessen der Schüler entsprechen.  
Dann folgte ein Referat von Dr. Brahn-Leipzig über **Begabung, Schule, Beruf.**  
Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, sich seinen Anlagen gemäß zu entwickeln. Die Arbeitsschule fördert die Entwicklung der geistigen und technischen Anlagen und läßt diese für den Lehrer deutlich erkennbar werden. Vom Beginn der Schule an begleitet den Schüler ein Bogen, in den jeder Lehrer seine Erfahrungen, Beobachtungen, Meinungen einträgt. Zu diesem Bogen und den Zeugnissen kann als Grundlage der Beurteilung das Ergebnis von Begabungsexperimenten hinzutreten. Zu der Zeit, da der Schüler in eine höhere Schulform übertritt, gibt die Grundschule ein Gutachten ab, ob der Uebergang wissenschaftlich wertvoll ist. Ein Zwang wird dadurch nach keiner Richtung hin ausgeübt. Erleichtert wird dieses Gutachten durch die erstrebenswerte frühzeitige Trennung der Schüler nach ihrer allgemeinen Begabung. In den Oberklassen wird den Sonderbegabungen der Schüler freier Spielraum gelassen. Ein

Schüler kann in verschiedenen Höchsten verschiedenen Klassen angehören.  
Die Kenntnis der Berufe wird Gegenstand des Unterrichts durch Lehre, Bildhild, Bewegungsbild, besonders in der Arbeitskunde und Kulturkunde). Aus Erfahrung, Personalbogen, Experimenten werden in den oberen Klassen Folgerungen auf die Berufswahl des Schülers gezogen. Die Schule steht in enger Fühlung mit Berufsberatungsstellen und Arbeitsnachweiser. Alle diese Stellen beraten auf Wunsch jeden Schüler ganz persönlich über für ihn geeignete Berufe.

Die Fortbildungsschule baut die allgemeine, staatsbürgerliche und ständige Weiterbildung auf dem Beruf auf. Sie stellt mit den Arbeitgebern verfehlte Berufswahlen fest und berät rechtzeitig mit allen Mitteln der Unterrichtslehre ihre Schüler zu neuer Berufswahl. Ihre Erfahrungen über Berufswahlen werden geeigneten Stellen amtlich zugänglich gemacht.

Die höhere Schule stellt für den Eintritt und die Beförderung der Schüler hohe Forderungen. Sie ist nach den qualitativen Anlagen der Schüler und den Kulturbedürfnissen in die drei bestechenden Formen und die deutsche Oberschule gegliedert. In den höheren Klassen erkennt sie noch stärker als die Volksschule besondere Leistungen einer Anlagegruppe als Ausgleich für Mängel einer anderen an und gibt weitgehende Freiheit in der Fächerwahl. Auch sie befreit die Schüler in den oberen Klassen über die Grundlagen der Berufswahl und setzt sich mit den akademischen Ausnahmestellen in Verbindung. Die Lehrerbildung jeder Art nimmt Begabungs- und Berufskunde in ihre Lehrpläne auf und weitet den Blick des Lehrers für die persönliche und soziale Bedeutung des Berufs und der Berufswahl. Die Hochschule übernimmt die Fragen der Anlage und des Berufs zu starker wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Sie gliedert sich Berufsberatungsstellen an und übernimmt neben rein wissenschaftlicher Durchbildung zunehmend auch die allseitige Einarbeitung in den Beruf.

Weiter hielt es der Vortragende für erwerbswert, ob es nicht wirtschaftlich ergiebiger wäre, die Schulpflicht um 1 bis 2 Jahre zu erhöhen. Schüler, die nach dem vierten oder dem achten Schuljahr vom Lehrer als geeignet für höhere oder besondere gewerbliche Schulen befunden werden, seien mit allen Mitteln auf diese Schulen zu bringen. Eine Reihe von Lehrern, die sich dazu berufen lassen, seien aus öffentlichen Mitteln vorübergehend in den sozialen und volkswirtschaftlichen Fächern zu unterrichten.

In der Debatte erklärte Rektor Dr. Stöcker-Chemnitz, daß er die jetzige Form der Aufnahmeprüfung nicht für ausreichend halte. Die Fähigkeitsgrenze festzusetzen, dürfe der Volksschule allein nicht überlassen werden, da es sich hier um ein sehr schwieriges Problem handle. — Stadtschulrat Dr. Hartmann schloß die Frage der Differenzierung der Schüler nach der Begabung an. In Kreisen der Volksschullehrer werde es bemerkt, ob nach der in Dresden erfolgten Durchmischung der Schulkinder die Schüler mit derselben Reife und Vorbildung vor der Schwelle der höheren Schule stehen werden. Die Arbeitsschule werde zu sehr vom Standpunkt der Organisations- und zu wenig vom Standpunkt der Persönlichkeit des Lehrers beherrscht. Die Messung an die Arbeitsschule geknüpften überfachlichen Hoffnungen könne er nicht teilen. — Oberbürgermeister Dr. C. Stollberg war gegen die Differenzierung der Schüler in der Volksschule, weil es grausam sei, den Kindern zu sagen, du bist begabt, du bist mittelveranlagt und du bist dumm. — Oberbürgermeister Dr. Gaudig-Leipzig wünschte, daß mehr psychologische Studien in der Volksschule betrieben werden. Zur Frage der Berufsberatung sagte er, daß die Lehrer doch erst die Berufe kennen lernen müssen. Dazu sei gründlicher Wandel in der jetzigen Vorbildung der Lehrer erforderlich. — Prof. Dr. Schaller-Freiberg ist für das Zusammenarbeiten der Schüler.

Dr. Alfred Cieske-Leipzig: Wir müssen uns helfen, aus der Demokratie etwas Nützliches zu machen. Es muß ein wohlgeordneter Organismus geschaffen werden. Bei der Berufswahl müßten die Träger der Berufskunde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gehört werden. — Völkerverkehrler Dr. Cieske wünschte, daß alle schichtigen Kräfte der Volksschule wissenschaftlichen Berufszweigen zuzuführen und sie dadurch dem Handwerk- und Gewerbebestand zu nähern.

Enblich brachte der erste Verhandlungstag noch ein Referat des Lehrers Winler-Chemnitz über

### Auf- und Ausbau der Volksschule.

Dieser muß so erfolgen, daß auch die Bildung der schulpflichtigen Jugend der Masse gehoben und ihr die Möglichkeit gegeben wird, alle Anlagen und Kräfte des Körpers und des Geistes auszubilden. Die Volksschulen sind als allgemeine Volksschulen für die schulpflichtigen Kinder ohne Rücksicht auf das Vermögen und das religiöse Bekenntnis einzurichten. Unterricht und Vermittel in den Volksschulen seien unentgeltlich. Alle schulpflichtigen Kinder haben die allgemeine Volksschule mindestens sechs Jahre lang zu besuchen, darüber hinaus mindestens weitere zwei Jahre lang die, die nicht in eine höhere Schule übergehen. Die Zahl der Schüler einer Klasse darf 35 nicht übersteigen. Die Zahl der wesentlichen Unterrichtsstunden darf für ein Kind im Durchschnitt der ersten vier Schuljahre nicht unter 18, für ein Kind der letzten vier Schuljahre nicht unter 23 bleiben.

Wo es die Schullage zuläßt, können vom Beginn des dritten Schuljahres an neben den Hauptklassen der Volksschule Sonderklassen für minderbekanntfähige Schüler gebildet werden. Den Sonderklassen sind nicht mehr als 20 Schüler zuzuwelsen. Für schwachsinnlige, aber bildungsfähige Kinder, die nicht mit Erfolg am Unterricht der Haupt- und Sonderklassen in der allgemeinen Volksschule teilnehmen können, sind Hilfsklassen oder Hilfschulen einzurichten. Die Schullage in den Hilfsklassen darf 15 nicht übersteigen.

Wo es die Schullage zuläßt, können die begabtesten Knaben oder Mädchen vom fünften Schuljahr an in besonderen Klassen innerhalb der allgemeinen Volksschule vereint werden; in denen sie einen erweiterten Unterricht von durchschnittlich 32 Wochenstunden erhalten. Der Lehrgang der Förderklassen umfaßt mindestens fünf Stufen und kann so ausgestaltet werden, daß den Schülern von da aus der Uebergang in die ihrem Alter entsprechenden Klassen höherer Schulen ermöglicht wird. Zur Förderung besonderer Begabungsrichtungen sind dort, wo es die Schullage zuläßt, noch Bedarfskurse für Weiterbildung einzurichten.

Die Schule ist an der Arbeit der Berufsberatungsstellen zu beteiligen. Für Blinde, Taubstumme, Schwerhörige, Sprachleidende, für störrische Geschwächte sowie für Krüppelkinder ist erzieherisch und unterrichtlich zu sorgen. Die gesamte schulpflichtige Jugend ist schulpflichtig zu überwachen. Die Durchführung der obigen Forderungen auf dem Lande setzt voraus, daß in allen Schulen mit ein oder zwei Lehrern sofort ein weiterer Lehrer eingestellt wird, das gezielte gezielte Schuljahr vereinigt oder für Schulen benachbarter Orte Wanderlehrer eingestellt werden. Zur Förderung der begabtesten Jugend aus ländlichen Gemeinden sind mit einigen ausgebildeten Volksschulern geeigneter Orte Einrichtungen (Schülerheime) zur Unterbringung und Verpflegung zu verbinden, deren Benutzung für un-

### Sächliche Angelegenheiten.

#### Aus der Volkskammer.

##### Änderung des Forst- und Feldstrafgesetzes.

Die gestrige Plenarsitzung der Volkskammer war nur von kurzer Dauer. Eine Interpellation der Deutschnationalen über die Rolle der Dresdner Zigarettenindustrie wurde abgelehnt, da der Berichterstatter am Erscheinen verhindert war. Zur Beratung stand nur noch der Entwurf eines Gesetzes über eine Änderung des Forst- und Feldstrafgesetzes vom 26. Februar 1909. Das Gesetz vom Jahre 1909 brachte gegen früher eine Reihe von Verschärfungen zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung und der Allgemeinheit zugunsten der Waldbesitzer, so daß eine durchgreifende Änderung dieser unsozialen Bestimmungen an sich sehr geboten wäre. Aber die Regierung denkt an gar keine wesentliche Änderung. Ihr Entwurf will weiter nichts, als die Erhöhung einiger Geldstrafen unter Hinweis auf den gestiegenen Geldwert. In der Debatte wurde die Vorlage als fiktiver bezeichnet, durch das an den reaktionären Bestimmungen nichts geändert

werde. Nur die Deutschnationalen waren der Meinung, daß eine Änderung des mittelalterlichen Gesetzes nicht so dringend sei. Die Vorlage wurde schließlich dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

### Ein verspäteter Aprilscherz.

Der Fall Hölz und seine Erlebigung durch die Regierung hat einen Witzbold veranlaßt, der Volkskammer folgenden Antrag zu unterbreiten:

Alleorts im Deutschen Reich fehlen heute Männer an den Spitzen der Regierung mit Tatkraft, Mut und Entschlossenheit, so auch in Sachsen.

Ich bitte deshalb, die hohe Volkskammer wolle beschließen: Den Arbeitslosen Herrn Max Hölz in Falkenstein mit an die Spitze der sächsischen Landesregierung zu berufen.

Die Ausschreibung von 30000 Mk. für seine Ergreifung seitens der Staatsanwaltschaft ist unnötig, weil diese doch seinen Aufenthalt kennt. Den Mangel an Intelligenz und Wissen wird Herr Hölz durch das von ihm zur Seidenz bewiesene außerordentlich hohe Maß von Energie ersetzen, auf die es jetzt allein ankommt, um Ordnung und Ruhe für das Wirtschaftsleben gewaltam herzustellen und die Massen ähnlich wie in Rußland drakonisch wieder zur regelrechten und wirtschaftlichen Arbeit zu zwingen.

### Wahnsinn oder Melodie?

In Dresden hielt am Sonntag die Kommunisten drei Versammlungen auf den Wiesen ab, deren Besuch allerdings recht mäßig war.

Die Rede sprach über die politische Lage, Verfassung, Reichswehr, Völkertum, Rechtssozialisten und — mit besonderer Hervorhebung — auch die U. S. V. sei gegenrevolutionär. Ueberhaupt ist die Rede in Verleumdungen, entstellenden und wahrheitswidrigen Argumenten unserer Partei gegenüber reich geblieben. Charakteristisch für die Rede und seine Richtung war auch, daß er in Zukunft jedem Ort einen Hölz wünscht. Er erklärte sich mit ihm vollständig solidarisch, wenn auch nicht alle (?) Hölzischen Maßnahmen gebilligt werden könnten. — Die Varieten müßten alle verschwinden. — Die revolutionäre Entwicklung hinderlich. Auch den Beitritt zur kommunistischen Partei könne er nicht empfehlen. Ueber die Rufe der Führer hinweg müßte sich die Arbeiterschaft in revolutionären Vorkämpfen zusammenschließen. Mit den Gewerkschaften müsse gebrochen werden, daß sie die Arbeiterschaft zu führen. — Jedenfalls würden wir in Zukunft die Komödie einer rein sozialistischen Arbeiterschaft erleben. Sie werde aber nur kurzen Bestand haben. Dann stehe die Ergriffung der Macht durch das revolutionäre Proletariat bevor. — Das hindere die Hölz indes nicht an der Feststellung, daß die deutsche Arbeiterklasse mehr noch als in anderen Ländern, nur stückweise zur Erkenntnis käme. — Wir kennen die Weise, wie kennen den Text.

### Zeichen der Zeit.

Am 10. April fand eine Kreisdelegiertenkonferenz des sechsten Wahlkreises (Dresden) der Rechtssozialisten statt, die die Kandidaten zur Reichstags- und Volkskammerwahl aufstellte. Für Reichstags wurden folgende Kandidaten zum Reichstag vorgeschlagen: Rahmann, Prof. Matthias, Lehmann, Schwarz, Wolfgang Schwann, Biebrach, Rebalter, Holzappel, und dann erst Dr. G. Braun. Für die Volkskammer: Köchel, Lehner, Schulze, Dr. Sachs, Frau Hornoff, Schebe, Ingenieur Rißke, Leibnitz, Edmund Fischer, Bombach. Sehr wenige Stimmen, so daß sie überhaupt nicht auf die Kandidatenliste kommen, erhielten der frühere Finanzminister Rißke und der jetzige Minister des Innern U. H. G.

### Ein Berufsungewisse.

Das Wehrkreiskommando IV erläßt eine Rundgebung, in der darauf hingewiesen wird, daß sich die militärischen Aktionen in der Gegend von Meerane, Trimmichtau und Werda nicht gegen die friedliebende Bevölkerung richten, sondern nur den Zweck verfolgen, die Gegend von den Verbrecherbanden des Hölz zu befreien, ungesetzmäßig ausgegebene Waffen einzuziehen und soweit es nötig ist, versicherungsmäßige Zustände wiederherzustellen. Viel Glauben wird diese Versicherung nicht finden.

Dresden, 20. April. Bericht des Wehrkreiskommando IV über die Lage in Südwest-Sachsen am 10. April:

Durch einen nach Eger entsandten Kriegsgeschichtsrat des Wehrkreiskommandos wurde endgültig und einwandfrei festgestellt, daß der in Marienbad aufgegriffene Verbrecher tatsächlich der Bandit Hölz ist.

Die militärischen Maßnahmen nehmen im übrigen ihren planmäßigen Fortgang. Auf Streifenunternehmungen wurden mehrere hundert Gewehre gesammelt, die ungesetzmäßig in die Hände der Bevölkerung gelangt waren.

### Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband Leipziger Hausmeister hat für seine organisierten Mitglieder einen neuen Tarif aufgestellt, der vor der Verhandlungsbekanntmachung steht. Nach diesem Tarif erhalten die im Verband organisierten Mitglieder: 1. Die hausverwaltenden Hausmeister einen Wochenlohn von 185 Mk., dazu freie Wohnung, Feuerung und Licht. 2. Die Wohnung nicht vorhandene, so erhöht sich der Wochenlohn um 20 Mk. 2. Die nebenberuflichen Hausmeister erhalten einen Stundenlohn von 2 Mk. Sind hier Zentralleistungen zu bedienen, sind dafür pro Stunde 4.50 Mk. zu entrichten. Werden in dieser Klasse die Mieten ansteigert, erhöht sich der Lohn prozentual. Für Doffnen und Schließen der Haustüren sind vor Mitternacht 50 Pfg. und nach Mitternacht 1 Mk. zu entrichten. Sämtliches Material zum Reinigen des Grundstücks ist vom Hauswirt zu liefern. Sämtliche Hausmeister sind in der Ortskrankenkasse anzumelden. Ueber 50 Prozent Kriegsschadigte und Invaliden unterliegen einer besonderen Vereinbarung der Organisationen. 1. Erlaubt wird nach einjähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage, nach zweijähriger 8 Arbeitstage, nach dreijähriger 12 Arbeitstage genehmigt. Dieser Tarif läuft vom 1. April bis 30. September d. J., falls er nicht vorher gekündigt wird. Hingegen wird weiter von Monat zu Monat, die Geschäftsstelle des Hausmeisterverbandes befindet sich beim Verbandsvorsitzenden Hofmann, Leipzig, Gohliser Straße 27.

Ein Jahrestag der gewerkschaftlichen Angelegenheiten tagt vom 27. bis 30. April in Leipzig (Volkshaus). Zu dieser Tagung werden Vertreter sämtlicher Organisationen des Gewerkschaftswesens amwesend sein. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zur Einzelorganisation. 2. Prinzipielle Forderungen der gewerkschaftlichen Angelegenheiten (Kriegsgeld, Proportionsystem oder feste Löhne). 3. Einheitsliche Berufskleidung. 4. Frauenarbeit im Gewerkschaftswesen. 5. Betriebsrätegesetz. 6. Verschiedene Anträge.

### Briefkasten der Redaktion.

H. A. Laue. Briefliche Auskunft unmöglich. Wenn die dem Kaufpreis festgesetzt und die Befreiung für den genannten Termin vereinbart haben, können Sie auf Befreiung des Einrichtungs zum vereinbarten Preis oder Schadenersatz klagen.  
Gefangene. 1. und 2. Es könnte eventuell eine Scheidung nach § 1568 BGB. in Frage kommen, hängt von der Entscheidung des Richters ab. 3. Es gilt als Regel, daß jeder Teil sein Vermögen zurückverfolgt. — 2. Mk. für die Varietelasse.  
Frau verw. L. Die Frage ist unverständlich. Geben Sie genauer an, worum es sich handelt.  
H. B. In den gewöhnlichen Fällen nach zehn Jahren. — 1. Mk. für die Varietelasse.







